ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 1. Juli 2021 | 72. Jahrgang | Nummer 13

Seite 10

Seite 4

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Starke Kommunen, starkes Deutschland

Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) als Digitalkonferenz

„Starke Kommunen – Starkes Deutschland“ lautete das Motto des diesjährigen virtuellen Kommunal-Kongresses und der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Die Veranstaltung diente dazu, sich unter anderem mit dem Kanzlerkandidaten der Union Armin Laschet, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus sowie CSU-Generalsekretär Markus Blume auf den Bundestagswahlkampf einzustimmen.

Aus Sicht von Christian Haase, KPV-Bundesvorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ist es zwingend notwendig, klare Zuständigkeiten zwischen den staatlichen Ebenen festzulegen: „Wir Kommunale der Union fordern mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Statt des Dschungels an Bundesförderprogrammen, die sich oftmals als goldene Zügel für die Kommunen entpuppen, brauchen wir verlässliche und kontinuierliche Finanzierungsquellen. Die Kommunen sollten deshalb künftig einen höheren Anteil am gesamtstaatlichen Umsatzsteueraufkommen erhalten. Auch werden immer wieder die sogenannten ‚klebrigen Finger‘ der Länder bei der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Erstmalige Vergabe des Bayerischen Bibliothekspreises:

Funkelnde Mosaiksteine

Die Bücherei im Bahnhof Veitshöchheim und die Gemeindebücherei Gröbenzell werden mit dem erstmals vergebenen Bayerischen Bibliothekspreis ausgezeichnet. Dies gaben Kunstminister Bernd Sibler und der Vorsitzende des Bayerischen Bibliotheksverbandes (BBV) Dr. Gerhard Hopp, MdL, in München bekannt. Sibler zufolge soll mit dem Preis auf die wertvolle Arbeit der Bibliotheken für die Gesellschaft aufmerksam gemacht und sie in ihrem Tun bestärkt werden. „Ob groß oder klein – in unserer vielfältigen bayerischen Kulturlandschaft ist jede Bibliothek ein funkelnder Mosaikstein.“

Der Hauptpreis, dotiert mit 10.000 Euro, kommt dem innovativen Bibliotheksangebot in Veitshöchheim zugute. Die dortige Bücherei im Bahnhof hat sich laut Fachjury „in den letzten drei Jahrzehnten zu einem lebendigen Treffpunkt für die Bürgerinnen und Bürger von Veitshöchheim und den umliegenden Gemeinden entwickelt.“ Im umfassend renovierten, denkmalgeschützten ehemaligen Bahnhofsgebäude, hat sie allen Alters- und Gesellschaftsschichten etwas zu bieten. Die verschiedenen Räumlichkeiten – etwa ein Blauer Salon für Literarisches, ein Königspavillon für Musik, eine Flaniermeile in den Arkaden oder ein Lesecafé mit Wiener Kaffeehauscharme und eine Lesehöhle für die kleinsten Besucherinnen und Besucher – sind liebevoll renoviert und mit modernster Technik ausgestattet. Digitale Technologien kommen kreativ zum Einsatz, über Social-Media-Plattformen und einen eigenen Youtube-Kanal konnte die Bücherei so auch während der COVID-19-Pandemie ihre Kundschaft erreichen.

Mit dem Sonderpreis (5.000 Euro) wird die Gemeindebücherei Gröbenzell bedacht. Sie überzeugte die Jury mit ihrem Konzept „Grüne Bibliothek“. Hierzu zählt u.a. der Aufbau eines speziellen Medienbestands, eine „Bibliothek der Dinge“, aber auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Bereich „Natur & Umwelt“. Ihren Besuchern bietet sie Fair-Trade-Produkte, sie ist aktiv in der Planung für ein E-Lastenrad zur mobilen Versorgung. Außerdem engagiert sich die Gemeindebibliothek Gröbenzell bei kommunalen Veranstaltungen aus dem Bereich Nachhaltigkeit, wie z.B. beim Stadtradeln. Mit ihrem Einsatz in den Themen Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit trägt sie zur Entwicklung der Gesellschaft und des Ortes selbst bei und ist eine wichtige Stütze, um diese Themen gesellschaftlich zu verankern. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Anlässlich der Verleihung des Europäischen St.-Ulrichs-Preises an Bundesminister Dr. Gerd Müller trafen sich die Initiatoren der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ in Berlin. Unser Bild zeigt (v.l.): Dr. Gerd Müller und Laudator Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie stehend (v.l.): Reiner Meutsch, Vorsitzender der Stiftung Fly&help und GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle. ❒

Dr. Gerd Müller im Münchner PresseClub:

Wir brauchen mehr Internationalität

Wie verändern Reisen in Länder des Globalen Südens den Blickwinkel? Wie wichtig ist eine eigene Impfstoffproduktion in Afrika zur Eindämmung der Krise und welche Chancen bietet das Lieferkettengesetz? Darüber spricht Entwicklungsminister Gerd Müller im PresseClub München und zieht eine Bilanz seiner acht Regierungsjahre.

„Ich bin in sechs Tagen durch Himmel und Hölle gegangen, aber ich habe auch viel Licht gesehen“ – mit diesen eindrücklichen Worten stieg Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller gleich zu Beginn des Gesprächs im Münchner PresseClub in das Thema ein, das ihn seit Jahren umtreibt. Dazu erzählte er von seiner jüngsten Reise durch vier Länder in Westafrika, von der er erst vor wenigen Tagen zurückgekehrt ist.

Reisen geben Kraft

Ein Aperçu am Rande: Dem Minister wird auf seinen Reisen stets viel Begeisterung entgegengebracht – hin und wieder auch weil er fälschlicherweise für den bekannten Fußballspieler und Namensvetter Gerd Müller gehalten wird.

Hoffnung, Zuversicht und Optimismus

„Ich sehe auf jeder Reise Hoffnung, Zuversicht und Optimismus und ich bekomme Kraft, Mut und Aufbruchsstimmung. Probleme zu lösen – das ist die Botschaft. Aber wir sind wohlstandsfaul geworden“ bedauerte Müller. In seinem Amt als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt er sich mit einer leidenschaftlichen Hingabe ein. Die Ungerechtigkeiten der Globalisierung zu verringern zählt zu ei-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Für seine Verdienste um die Einheit Europas wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis ausgezeichnet. Stiftungsvorsitzender Landrat Leo Schrell überreichte gemeinsam mit Oberbürgermeister Frank Kunz (nicht im Bild) in Berlin die Urkunde. Der Minister war sichtlich bewegt. Er spendete das Preisgeld der Stiftung fly&help für den Bau einer Schule in Togo, die Gerd Müller zusammen mit seiner Frau komplett privat finanzierte. Die Schule ist bereits gebaut. Dieses Schulprojekt ist genau das 100. der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Vgl. Bericht auf Seite 4. ❒

DStGB-Hauptausschuss in Berlin:

Zukunft in der Krise gestalten

Nach der Pandemie wird ein Neustart notwendig. Es gilt unter anderem, die Wirtschaft zu stärken und die Digitalisierung voranzutreiben. Außerdem müssen die Maßnahmen zum Klimaschutz beschleunigt werden, etwa durch nachhaltige Investitionen und die dafür notwendigen finanziellen Spielräume vor Ort. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert dazu einen politischen Kraftakt von Bund und Ländern, der auch den Arbeitsmarkt stabilisiert und die Lebensbedingungen vor Ort verbessert.

Im Rahmen einer Hauptausschuss-Sitzung in Berlin formulierte der DStGB klare Erwartungen an die Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode. „In Deutschland hat der Bundestagswahlkampf begonnen. Die Parteien werben mit ihren Programmen um die Zustimmungen der Wählerinnen und Wähler. Naturgemäß werden dabei viele Versprechungen und Ankündigungen formuliert, deren Umsetzung in den nächsten vier Jahren erst noch den Realitätstest bestehen muss“, erklärten der Verbandspräsident, Bürgermeister Ralph Spiegler, und der DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Wahlen gewinnt man nur mit Überzeugungskraft

„Wahlen gewinnt man nicht in Berlin oder in den Landeshauptstädten, sondern immer nur mit der Überzeugungskraft bei der Bevölkerung vor Ort“, betonten Spiegler und Landsberg. „Die Menschen wollen wissen, was sich in ihren Städten und Gemeinden und ihrem persönlichen Leben zum Positiven wenden wird. Die Erwartungen an eine hochwertigere kommunale Daseinsvorsorge, bessere Schulen, mehr Kita-Plätze, gute Straßen, Wege und Plätze sowie mehr Klimaschutz steigen. Deswegen muss der Grundsatz gelten: Weniger versprechen, mehr umsetzen! Die schönsten Zukunftsperspektiven überzeugen nicht, wenn positive Veränderungen vor Ort nicht erlebbar werden.“

Um zahlreiche Vorhaben in den kommenden Jahren umzusetzen, brauche es eine solide und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen. „Viele wichtige Vorhaben werden nur gelingen, wenn es in der neuen Legislaturperiode einen zweiten Rettungsschirm für die Kommunen gibt“, hoben die DStGB-Repräsentanten hervor. „Die Finanzlage der Kommunen ist weiter dramatisch, obwohl die Wirtschaft wieder wächst.“ Die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert für 2021 ein kommunales Defizit von 9,5 Mrd. Euro und für 2022 ein Defizit von 10,4 Mrd. Euro. Auch die kommunale Altschuldenfrage ist nach wie vor ungelöst.

Kommunaler Investitionsrückstand

Gleichzeitig hat sich der kommunale Investitionsrückstand auf 149 Mrd. Euro erhöht. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir erwarten, dass die Realisierung ‚gleichwertiger Lebensverhältnisse‘ und die Aussage ‚Wer bestellt, bezahlt‘ in einem nächsten Koalitionsvertrag keine Lippenbekenntnisse bleiben“, stellten Spiegler und Landsberg klar.

Nur mit der nötigen Finanzkraft könne es gelingen, das drohende Sterben der Innenstädte und Ortskerne aufzuhalten. 100.000 Einzelhandelsgeschäf-

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Abwägen“ lautet weiterhin die Devise und die Frage „Kann man es verantworten?“ werden wir uns in Pandemiezeiten noch lange stellen müssen, prophezeit der Rathauskater. **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Mehr Transparenz mit Bayerischem Lobbyregister 2
Verwaltungsaufwand und Komplexität steigen 2
Start frei für Bayerische Landesausstellung 2021 3
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell:
E-Mobilität – Wo bleibt die Konsequenz in der Praxis? 3
Neustart der Messen in Bayern 3
Europäischer St.-Ulrichs-Preis für Dr. Gerd Müller 4
Kommunale Gesundheitsthemen 5
Kommunale Finanzthemen . . . . . .6 - 8
Abfall • Umwelt 9
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 9 - 12

Mehr Transparenz mit Bayerischem Lobbyregister

Mit der Einführung einer Registrierungspflicht, eines Verhaltenskodexes und eines legislativen Fußabdrucks soll das Vertrauen in die Politik gestärkt werden. Der Landtag hat dazu einstimmig die Einführung des Lobbyregisters verabschiedet, das ab 1. Januar 2022 in Kraft treten wird. Damit dürfen sich nur noch offiziell registrierte Lobbygruppen an Gesetzgebungsprozessen von Landtag und Staatsregierung beteiligen. Das Register kann zudem von allen Personen eingesehen werden.

Künftig soll deutlicher erkennbar sein, wer Einfluss auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung genommen hat. Helfen soll dabei das Lobbyregister, das der Bayerische Landtag in seiner 86. Plenarsitzung verabschiedete. Es beinhaltet drei wesentliche Elemente: eine Registrierungspflicht für organisierte Interessenvertreter, die eine Interessenvertretung gegenüber dem Landtag oder der Staatsregierung ausüben. Einen Verhaltenskodex, der Voraussetzung für jede Interessenvertretung ist. Nur wer den Kodex anerkennt, kann sich registrieren. Und einen legislativen Fußabdruck, der etwaige Einflussnahme von Interessenvertretungen bzw. Gutachtern im Rahmen der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen der Staatsregierung sichtbar machen soll.

Hohe Sanktionen

Das Lobbyregister soll mit diesen Instrumenten einheitliche Regeln für das Miteinander von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen. Der Verhaltenskodex sieht zudem vor, dass Nebentätigkeiten angegeben werden müssen. Eine verbesserte Transparenz kann illegitime Formen der Interessenvertretung oder Fälle von Korruption zwar nicht völlig verhindern. Aber Nachvollziehbarkeit und demokratische Verantwortlichkeit erschweren derartige Fälle. Verstöße können künftig mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

Der Begriff der „Interessenvertretung“ wird im Gesetzentwurf breit definiert, sodass sämtliche Formen der Interessenvertretung und alle denkbaren Adressaten der Interessenvertretung vom Geltungsbereich dieses Gesetzes erfasst werden.

Opposition kritisiert Ausnahmen

Die Registrierungspflicht gestattet aber auch Ausnahmen, etwa wenn eine Lobbygruppe nur lokal aktiv ist – also nicht mehr als zwei Stimmkreise unmittelbar betroffen sind. Auch Privatpersonen, die ausschließlich persönliche Interessen vertreten oder Kirchen und Gewerkschaften müssen sich nicht registrieren. Die Opposition kritisierte in der vorherigen Debatte im Verfassungsausschuss, dass der Gesetzentwurf zu viele Ausnahmen enthielte. Horst Arnold (SPD) äußerte zwei weitere Kritikpunkte: Das zu geringe Bußgeld und die Nichtbeteiligung von Beamten. Denn zur Staatsregierung im Sinne des Gesetzes gehören die Mitglieder der Staatsregierung, nicht aber Beamte der Ministerien. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen forderte zudem die Etablierung eines Landesbeauftragten für politische Interessen, der das Register führt.

Transparenzoffensive

Die zweite Stufe für mehr Transparenz wurde von den Regierungsfraktionen CSU und Freie Wähler in einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert: Diese sieht Änderungen im Bayerischen Abgeordnetengesetz insbesondere durch eine Verschärfung der Verhaltensregeln für Abgeordnete in Bezug auf entgeltliche Nebentätigkeiten zur Abgeordnetentätigkeit vor. Hinzu kommt die Einführung einer Karenzzeit im Bayerischen Ministergesetz, sodass ausgeschiedene Minister nicht nahtlos in Positionen in der Wirtschaft wechseln können, wenn dadurch öffentliche Interessen tangiert werden. „Nach unserem Gesetzentwurf für ein Bayerisches Lobbyregistergesetz erklimmen wir mit dem vorliegenden Abgeordnetengesetz die zweite Stufe unserer Transparenzoffensive. Das ist ein wichtiger Schritt, um durch die jüngsten Skandale verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederherzustellen und unsere Demokratie zu schützen“, sagte Florian Streibl, Vorsitzender der Freie Wähler-Landtagsfraktion.

Lobbyregister des Bundes

Das Bundeskabinett beschloss ebenfalls Ethikregeln für Lobbyisten. Der am 16. Juni verabschiedete Verhaltenskodex verpflichtet professionelle Interessenvertreter unter anderem, ihr Anliegen und ihre Auftraggeber offenzulegen. Die Regelung muss noch vom Bundestag verabschiedet werden. Der Verhaltenskodex ist im Lobbyregistergesetz vorgesehen, das der Bundestag im März verabschiedet hat, und tritt gemeinsam mit ihm am 1. Januar 2022 in Kraft. Das Lobbyregister des Bundes verpflichtet Lobbyisten, die im Bundestag oder bei der Bundesregierung die Interessen bestimmter Gruppen durchsetzen wollen, in einem neuen Register Angaben zu ihren Arbeit- oder Auftraggebern zu machen sowie zur Anzahl der Beschäftigten und den finanziellen Aufwendungen für die Lobbyarbeit. Treffen in Ministerien sollen bis hinunter zur Ebene von Unterabteilungsleitern erfasst werden. Das Register wird digital beim Bundestag geführt. **red**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Grüner
91286 Obertrubach
am 6.7.

Bürgermeister Peter Braun
92287 Schmidmühlen
am 10.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bertram Werrlein
97842 Karbach
am 1.7.

Bürgermeister Jens Machold
85283 Wolnzach
am 11.7.

Bürgermeister Burkhard Klein
97348 Rödelsee
am 13.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Müller
86685 Huisheim
am 6.7.

Bürgermeister Karl-Heinz Kerscher
86556 Kühbach
am 10.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
86733 Alerheim
am 8.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wir brauchen mehr ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ner seiner zentralen Herzensangelegenheiten.

In allen vier Merkel-Kabinetten war Müller Staatssekretär oder Minister. Unter ihm wurden die Ausgaben des Ministeriums von sechs auf zehn Milliarden Euro gesteigert. Mit dem Marshallplan für Afrika hat der Entwicklungsminister die soziale Marktwirtschaft in die Länder des Globalen Südens gebracht. Im PresseClub erläutert er, warum ihn Reisen wie die vergangene so optimistisch stimmen. „In Bayern übersieht man leider immer, wie viele privilegierte Partnerschaften es gibt und mit welchen Initiativen die Situation vor Ort positiv verändert werden kann“, sagte Müller. Als Beispiel nannte er seinen Besuch in Sierra Leone. Eigentlich sollte die Zusammenarbeit auslaufen. Doch das persönliche Treffen mit Verantwortlichen vor Ort hat dazu geführt, dass im Rahmen von Kommunalpartnerschaften in den kommenden fünf Jahren die Abfallentsorgung neu organisiert und rekultiviert werden soll.

Impfstoffproduktion im Senegal

Der Allgäuer kämpft auch für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe gegen Corona. „Die Covid-Bedrohung in Afrika steigt. Derzeit steigen die Neuinfektionszahlen pro Woche um 20 Prozent. Die Delta-Variante hat 14 afrikanische Länder erreicht. Aber erst 35 Millionen Menschen haben auf dem ganzen Kontinent eine erste Impfung erhalten. Notwendig ist eine Impfstoffoffensive in Afrika, um 30 Prozent der Menschen bis Ende des Jahres zu impfen. Dafür ist eine Verzehnfachung der Anstrengungen erforderlich. Denn das Virus ist nicht in einigen Monaten vorbei. Wir brauchen dringend Impfstoff ‚Made in Africa‘. Ich bin überzeugt: Afrika braucht eine eigene Impfstoffproduktion, um die Bedrohung zu bekämpfen“, beteuerte Müller. Jetzt gibt es erstmals die realistische Chance des Aufbaus eigener Produktionsstrukturen. Das Konzept des Institut Pasteur sieht in der ersten Phase die Abfüllung von Impfstoffen ab April 2022 vor, parallel dazu den Aufbau einer Produktionsanlage für Covid-Impfstoffe. Deutschland unterstützt die Initiative mit 20 Millionen Euro.

Meilenstein Lieferkettengesetz

Müller setzte bereits die Idee des Grünen Knopfs um, ein Textilsiegel, das für Mindeststandards bei der Textilproduktion in Entwicklungsländern sorgt. Jetzt hat er gemeinsam mit politischen Verbündeten das Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht, um Menschenrechtsverbrechen in der Lieferkette zu verhindern. Denn das Gesetz nimmt Unternehmen in die Pflicht, Verantwortung für die Produktionsbedingungen auch bei ihren Zulieferern im Ausland zu übernehmen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass deutsche Unternehmen laut dem Gesetz nicht zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können und das Gesetz nur für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeitern gelte. Müller verteidigte das Lieferkettengesetz als Meilenstein. „Ich bin überzeugt, das ist ein Qualitätssprung zur Durchsetzung und Umsetzung von Menschenrechten. Denn es kann sich kein Unternehmen – auch die nicht unmittelbar betroffen sind, in Zukunft leisten, Menschenrechte in der Lieferkette nicht zu fokussieren und bei Verletzungen einzuschreiten“, stellte der Entwicklungsminister heraus.

Global denken

Das Lieferkettengesetz sieht Müller aber nur als einen Baustein. „Wir haben Zugriff auf 90 % des Vermögens, verbrauchen 2/3 der Ressourcen und hinterlassen 60 % des Mülls, das ist nicht die Globalisierung, die trägt, Armut verhindert und Arbeitsplätze schafft. Im EU-Parlament habe ich gelernt global zu denken. Alles hängt mit allem zusammen. Ich hätte gerne mehr Internationalität in Parteiprogrammen, denn die internationale Einordnung globaler Herausforderungen wird über den Erfolg entscheiden. Die Fixierung auf Deutschland und die EU funktioniert nicht. Der Klimaschutz entscheidet sich in Afrika. Weltweit werden 1.000 Kohlekraftwerke gebaut. 600 Millionen Menschen in Afrika haben noch keinen Strom. In den kommenden 20 Jahren werden rund eine Milliarde Menschen dazukommen. Also bis 2040 brauchen 1,5 Milliarden Afrikaner Strom. Die Elektrizität ist dabei die Basis für Entwicklung“, erläuterte Müller.

1000 Schulen für unsere Welt

Auch in der Digitalisierung sieht der Entwicklungsminister eine Chance für die internationale Zusammenarbeit. Als Beispiel führt er die Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ der kommunalen Spitzenverbände auf. Mit Spenden können dadurch in Ländern des Globalen Südens Schulen gebaut werden.

Müller hob in diesem Zusammenhang auch das besondere Engagement von Landrat Stefan Rößle hervor. Als Initiator der Gemeinschaftsinitiative trug er maßgeblich dazu bei, dass seit dem Start im November 2018 mit Spendensammlungen von über fünf Millionen Euro mehr als 150 Schulbauprojekte angestoßen wurden. Davon sind 66 Schulen bereits eröffnet und knapp 100 vollständig finanziert.

Wissen weitergeben

Mit 66 Jahren scheidet er nach der Bundestagswahl, bei der er nicht mehr kandidiert, freiwillig aus der Bundespolitik aus, bei der UNO ist er für einen neuen Job im Gespräch. Mit welchem Gefühl geht er nun aus dem Amt? „Ich fühle Dankbarkeit und Erfüllung, aber ich will das Wissen und meine Erfahrungen weitergeben“, bekräftigt Müller. Schließlich hat er bereits 44 afrikanische Länder besucht und Netzwerke geknüpft, die gepflegt und langfristig gefestigt werden sollen. Sein Wissen konserviert und gibt Müller in Büchern weiter, darunter die Neuerscheinung „Fokus Afrika: Partnerschaft auf Augenhöhe“. Darüber hinaus werde er sich auch weiterhin ehrenamtlich engagieren, versichert Müller zum Abschluss des Gesprächs. **red**

GemeindeZeitung unterstützt Schule in Togo

Auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo. Dort wird ein Gymnasium aufgebaut, in dem mehrheitlich Mädchen unterrichtet werden. Minister Müller unterstützt den Vorschlag der Bayerischen GemeindeZeitung, die Corona-bedingten Digitalisierungserfolge der Schulen in Deutschland für Partnerschulen aus den Kommunalprojekten zu nutzen. „Die Initiative ist ein weiteres Zeichen dafür, wie Projekte erfolgreich umgesetzt werden können und zeigt, wie gehandelt werden sollte: Nicht nur reden, sondern tun!“.

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Vor- & Nachteile kommunaler Organisationsformen am Beispiel „Kindertagesstätte – schnell und günstig“
14. Juli 2021, 14:00 - 15:30 Uhr

Der Anspruch auf einen Kita-Platz fordert von den Gemeinden den Neubau von Kindertagesstätten. Dies muss schnell erfolgen, da sonst Klagerisiken drohen. Gleichzeitig sind die staatlichen Zuwendungen bei weitem nicht ausreichend. Große Kosten belasten somit den Haushalt. In dem Webinar werden die verschiedenen kommunalen Organisationsformen mit ihren Vor- und Nachteilen dargestellt und neue, praxisbewährte Wege vorgestellt.
Referent: Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MWSt

Krisenkommunikation in Kommunen Krisen, Projekte und Krisenprojekte
20. Juli 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Krisenkommunikation in Kommunen in Zeiten von Ad-hoc-Journalismus und Aktivbürgern. Die Veranstaltung umfasst die Bereiche Krisenprävention und Umsetzung von Krisenkommunikation. Welche Arten von Krisen gibt es? Wie kann eine systematische Vorbereitung auf mögliche Krisen gelingen und welche Strukturen und Herangehensweisen helfen im Falle des Falls?
Referentin: Sybille Geitel, Engel & Zimmermann
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MWSt ❐

Bayerischer Städtetag zu Förderprogrammen:

Verwaltungsaufwand und Komplexität steigen

Für die Kommunen sind die Fördermöglichkeiten sehr wichtig. Dennoch stellt die Abwicklung von Programmen die Kommunalverwaltungen zunehmend vor Probleme.

Die Förderkulisse für Kommunen ist breit gefächert. Bund, Länder und die Europäische Union treten als Fördergeber auf und haben in der Vergangenheit zahlreiche Sonderförderprogramme für Kommunen aufgelegt. Gerade im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen ist die Zahl der Sonderförderprogramme deutlich gestiegen.

Für den Vollzug der Sonderförderprogramme sind vor allem die vom Fördergeber vorgegebenen Antrags- und Bearbeitungszeiten von besonderer Bedeutung. Oftmals sind zeitliche Vorgaben zu knapp bemessen. Die Zielsetzung der Politik ist nachvollziehbar, dass Mittel schnellstmöglich für Investitionen in den jeweiligen Förderbereichen bereitgestellt und abgerufen werden. Auch die Kommunen profitieren von einer zeitnahen Planungssicherheit. Allerdings vergeht zwischen der politischen Willensbildung und dem Zeitpunkt einer möglichen Antragstellung oft viel Zeit.

Insbesondere, wenn Förderprogramme aus Bundesmitteln finanziert werden, sind zunächst die Ergebnisse aus den Bund-Länder-Abstimmungen abzuwarten. Auf dieser Verhandlungsgrundlage erlassen dann die Länder länderspezifische Förderrichtlinien. In dieser Zeit können die Kommunen nur sehr grobe Planungen und Vorbereitungen treffen. Mit der konkreten Prüfung der Förderfähigkeit, Finanzierbarkeit, der Erstellung der Antragsunterlagen, Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde und einer etwaigen Gremienbehandlung kann erst nach Bekanntwerden die Fördermodalitäten begonnen werden. Selbst wenn der Förderantrag rechtzeitig eingereicht und bewilligt wurde, müssen die Kommunen die Vergabevorschriften auch bei Förderprogrammen einhalten. Außerdem erhöhen die schwierigen Rahmenbedingungen auf den Beschaffungsmärkten für Rohstoffe sowie die hohe Auftragslage in der Bauwirtschaft die Risiken für eine zeitliche Verzögerung. Zwar wurde auf Bundesebene immer wieder in Form einer nachgelagerten Verlängerung der Abruffristen für Fördermittel reagiert. Dennoch müssen die Förderzeiträume von Beginn an so bemessen werden, dass den Kommunen eine angemessene Reaktionszeit zur Projektierung und Realisierung ihrer förderfähigen Maßnahmen verbleibt.

Mit der zunehmenden Förderkulisse steigt auch der Verwaltungsaufwand. Für jedes Sonderförderprogramm gelten naturgemäß eigene Förderkriterien. Da die Kommunen sehr häufig mehrere Förderanträge und Förderverfahren gleichzeitig zu betreuen haben, ist es nicht einfach, den Überblick zu behalten. Dies gilt auch für die Bewilligungsbehörden, die sich genauso wie die Kommunen immer wieder mit neuen Förderprogrammen vertraut machen müssen, was für eine sachkundige Beratung nicht hilfreich ist.

„Die Förderbedingungen sollten stärker auf einen praxisgerechten und praktikablen Vollzug ausgerichtet werden“, fordert der Städtetag. Grundlegende Voraussetzung dafür sei die rechtzeitige Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Bei geringeren und zeitlich befristeten Förderprogrammen sollte stets eine Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgen. Lassen sich sachgerechte pauschale Verteilungsmechanismen finden, sind pauschale Förderungen einer Projektförderung vorzuziehen. ❐

Start frei für Bayerische Landesausstellung 2021

Im Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg ist die Bayerische Landesausstellung 2021 eröffnet worden. Bis zum 16. Januar 2022 befasst sich die Schau mit dem Titel „Götterdämmerung II – die letzten Monarchen“ mit der Zeit rund um den Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Umgang der Herrscherhäuser mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der Epoche.

Gezeigt werden die Lebenswege der letzten Monarchen vor der Revolution 1918. Kaiserin Elisabeth von Österreich, der bayerische König Ludwig III., Kaiser Wilhelm II. und das russische Zarenpaar: Sie alle kämpften um ihren Platz in einer sich rasant verändernden Welt. Am Ende entschieden Weltkrieg und Revolution über ihr Schicksal.

V.l.: Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler und der ehemalige bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Im Hintergrund Direktor Dr. Richard Loibl (Haus der Bayerischen Geschichte Ausgburg, Regensburg) © HdBG | Foto: Fotoweitblick

Anschluss an die „Götterdämmerung“

Inhaltlich und zeitlich schließt die Landesausstellung an die erfolgreiche Schau „Götterdämmerung: König Ludwig II.“ aus dem Jahr 2011 an. Damals war Schloss Herrenchiemsee mit den Kooperationspartnern Landkreis Rosenheim und Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung der Ausstellungsort. Die aktuelle Landesausstellung war ursprünglich auch für Schloss Herrenchiemsee vorgesehen. Corona-bedingt traten die Partner jedoch im vergangenen Jahr von der Kooperation zurück.

Dem Haus der Bayerischen Geschichte war es ein Anliegen, trotz der schweren Corona-Zeiten Kultur weiter möglich zu machen und den jährlichen Turnus der Bayerischen Landesausstellungen sicherzustellen. So musste in kürzester Zeit ein neuer Standort gefunden werden, der sich in nur einer Woche der Neuplanungen im eigenen Haus in Regensburg fand. Für HDBG-Direktor Dr. Richard Loibl ein glücklicher Umstand: „Mit dem 1.000 Quadratmeter großen Donausaal verfügt das erst 2019 eröffnete Museum über einen flexibel nutzbaren, stützenlosen und nach modernsten klimatischen Standards ausgestatteten Ausstellungsraum.“

Gerade noch rechtzeitig habe man den Umzug nach Regensburg vollziehen und die in ihren Planungen weit fortgeschrittene Bayerische Landesausstellung 2021 sicherstellen können, so Loibl. Besonders freut es ihn, „dass die Stadt Regensburg schnell als neuer Veranstaltungspartner gewonnen werden konnte, weshalb nun auch hier in der Welterbestadt unser Konzept mit Landesausstellung und ergänzendem Begleitprogramm durch die Partner aufgeht“.

Corona bedingt wurde in einem geschlossenen Rundgang mit dem bayerischen Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler und Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer die Bayerische Landesausstellung 2021 eröffnet. Laut Staatsminister Sibler hat das Haus der Bayerischen Geschichte „eine höchst sehenswerte Ausstellung organisiert, wie gewohnt spannend und informativ aufbereitet. Sie knüpft an die erfolgreiche Landessausstellung über König Ludwig II. an und entführt uns auf die Lebenswege der letzten europäischen Monarchen vor der Revolution von 1918. Wir können hier erneut ein Stück bayerischer, ja europäischer Geschichte erleben.“

Tag und Nacht Führungen, noch dazu bei freiem Eintrit

Sibler zeigte sich zudem begeistert vom originellen Angebot, in den ersten beiden Tagen der Ausstellung möglichst vielen Besucherinnen und Besuchern die Schau mit den entsprechenden Hygienemaßnahmen zu zeigen und Tag und Nacht Führungen, noch dazu bei freiem Eintritt, anzubieten. „Ich wünsche mir sehr, dass wir mit dieser einmaligen Ausstellung möglichst viele Gäste in unser Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg locken können.“

Kooperationspartner Stadt Regensburg

„Die Stadt Regensburg freut sich, als Kooperationspartner des Hauses der Bayerischen Geschichte zur Landesausstellung 2021 ein interessantes und vielfältiges Begleitprogramm anbieten zu können“, unterstrich Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. An ganz unterschiedlichen Orten ließen Führungen, Konzerte, Filme, Ausstellungen und virtuelle Formate die Welt der „Götterdämmerung“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit ihren hellen und dunklen Seiten auch auf lokaler Ebene wieder lebendig werden. „Ob gekrönte Häupter und Adelige, Politiker und Künstler, prominente Männer und emanzipierte Frauen: Sie alle haben, auch in den engen Gassen und schönen Plätzen Regensburgs, Spuren hinterlassen, die bis heute zu sehen sind. Wenn man ihnen folgt, kann man viel davon herausfinden, wie die ‚gute alte Zeit‘ wirklich gewesen ist“, betonte die Rathauschefin. **DK**

GZ KOLUMNE Dr. Klemens Gsell

Liebe Leserinnen und Leser,

Nein, an dieser Stelle will ich nicht den x-ten Beitrag zu pro und contra E-Mobilität bringen. Die Bundesregierung hält das für sinnvoll und auf kommunaler Ebene müssen wir damit umgehen. Aber wie so oft bei den Reformen der letzten Jahre bleibt in der kommunalen Praxis der ganze ungelöste Problemkreis hängen. Belege für diese These? Bitte!

Beleg 1: Ladekabel am Straßenrand über die Gehwege sind in dicht bebauten Siedlungen nicht vorstellbar. Die Unfallgefahr ist zu groß. Also planen engagierte Gemeinden Quartiersparkhäuser mit Ladeinfrastruktur möglichst nahe an den Wohngebäuden, damit die Umsiedlung der Autos akzeptiert wird. Die Probleme der Standortfindung und Finanzierung blende ich mal

E-Mobilität – Wo bleibt die Konsequenz in der Praxis?

aus. Was fehlt ist Konsequenz in der Gesetzgebung: Parkhäuser sind Bauten und unterstehen neben allen anderen Regeln der ImmissionsschutzVO usw. Was am Straßenrand niemanden stört, wenn Autos 24h lang ein- und ausparken, das ist im Parkhaus eine nicht akzeptable Immission und daher bekommen neue Parkhäuser die Auflage nachts dicht zu machen. Welcher Elektrofahrer wird das akzeptieren? Eine Ausnahmeregel wäre sinnvoll, zumal die Pegel sehr moderat sind!

Beleg 2: Die Ladevorgänge nach der Rückkehr von der Arbeit werden die Netze in den Wohngebieten stark belasten. Massive Absicherungen im Verteilnetz sind nötig. Doch die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehende Bundesnetzagentur sieht solche Investitionen als Kosten der Stadtwerke bei den Netzentgelten als unnötig an. Sprechen die im Ministerium mal miteinander?

Beleg 3: Garagenhöfe, Tiefgaragen oder Stellplatzvorrichtungen alter Bauart müssen nachgerüstet werden. Meist sind sie jedoch im Gemeinschaftseigentum mit einem antiquierten Einstimmigkeitsprinzip. Für einen Stromanschluss eine solche Einstimmigkeit zu bekommen, dürfte bei fast allen Gemeinschaften eine unmögliche Angelegenheit werden. Wenn man es schon nicht schafft, dieses Recht zu reformieren und sinnvolle Entwicklungen mit Mehrheit zuzulassen, dann könnte man wenigstens den Stromanschluss den Notmaßnahmen gleichstellen und damit auch bei Gegenstimmen ermöglichen.

Fazit: viele Willige für E-Mobilität scheitern an den praktischen Fragen. Sie suchen Hilfe in den Rathäusern und müssen dort erleben, dass die Bindungen in den Gesetzen eine flexible Ermöglichungskultur sehr schwer machen. Da ist Konsequenz einzufordern!

Ihr Dr. Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Stadtrat und Altbürgermeister der Stadt Nürnberg

Neustart der Messen in Bayern:

Optimistischer Blick in die Zukunft

Umfassendes Schutz- und Hygienekonzept im Einsatz / Eigenveranstaltungen ab September

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat sich zuversichtlich zum Neustart der Messen in Bayern geäußert. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Messe München, Klaus Dittrich, und dem Geschäftsführer der NürnbergMesse, Peter Ottmann, erklärte Aiwanger: „Messen sind das beste Konjunkturprogramm und werden dringend benötigt. Der Neustart des bayerischen Messegeschäfts kann entscheidend dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in vielen Branchen zu überwinden. Für unsere exportorientierte bayerische Wirtschaft sind Messen das Schaufenster in die Welt.“

Spätestens zum 1. September sollen bei weiterhin günstigem Infektionsgeschehen die Messen in Bayern wieder ihre Pforten öffnen. Die internationalen Fachmessen in München, Nürnberg oder auch Augsburg schlagen für die exportorientierte bayerische Wirtschaft Brücken in viele Länder der Welt. Hinzu kommt eine Vielzahl regionaler Messen. In China ist das Messegeschäft bereits 2020 wieder gestartet. Europäische Länder wie Spanien, Italien, Frankreich oder Österreich veranstalten seit dem zweiten Quartal 2020 wieder Messen.

Zur positiven internationalen Werbung für den Wirtschaftsstandort Bayern kommen noch die wirtschaftlichen Vorteile durch die Messen: Jeder Euro Umsatz für die großen bayerischen Messeveranstalter löst zehn Euro Umsatz bei Dritten aus.

Spitzenposition im weltweiten Messemarkt

So generieren die vier größten bayerischen Messegesellschaften Messe München, NuernbergMesse, AFAG und Messe Augsburg in einem durchschnittlichen Messejahr zusammen eine Umwegrendite von rund sechs Milliarden Euro.

Aiwanger: „Für viele Servicepartner oder Dienstleister in Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Reinigung und Sicherheit, im Verkehrssektor oder im Handwerksbereich sind Messen ein bedeutender Faktor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Nach-Corona-Zeit. Die bayerischen Messegesellschaften haben sich in den vergangenen Jahren eine Spitzenposition im weltweiten Messemarkt erarbeitet, die es zu erhalten gilt. Deshalb ist es wichtig, Messeveranstaltern, Ausstellern und Besuchern jetzt Planungssicherheit für eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Messebetriebs zu geben.“

TrendSet als Pilotmesse

Nach Beschluss des bayerischen Kabinetts wird vom 10. bis 12. Juli die Messe TrendSet als Pilotmesse in München durchgeführt, um ein Rahmenhygienekonzept zu testen, das in Kürze veröffentlicht wird. Der Chef der Messe München, Klaus Dittrich, erklärte im Hinblick auf die bevorstehende Wiederaufnahme der Veranstaltungen: „In den vergangenen Monaten haben wir uns unter Hochdruck mit den Sicherheitsstandards beschäftigt und sind nun mit einem optimalen Schutz- und Hygienekonzept für den Neustart exzellent vorbereitet. Wir freuen uns, ab Herbst endlich wieder zahlreiche Aussteller und Besucher auf unserem Gelände begrüßen zu dürfen.“

V.l.: Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung Messe München GmbH, Hubert Aiwanger, Bayerischer Wirtschaftsminister und Peter Ottmann, Geschäftsführer NürnbergMesse GmbH.
Bild: Messe München GmbH

3G-Konzept

Das Rahmenhygienekonzept, das erstmals im Rahmen der TrendSet 2021 zum Einsatz kommen wird, umfasst neben grundsätzlichen Bestimmungen wie der Einhaltung des Mindestabstands, des Tragens von Masken sowie der Nachverfolgbarkeit aller Teilnehmer wichtige neue Elemente. Hierzu zählt vor allem das 3G-Konzept: Zutritt zum Messegelände erhalten ausschließlich Personen, die nachweislich geimpft, genesen oder getestet sind. Diese Daten können bereits bei der Online-Registrierung angegeben werden. Darüber hinaus stellt die Messe München vor Ort Testkapazitäten zur Verfügung.

Sichere Begegnung in Schutzatmosphäre

Peter Ottmann, Geschäftsführer der NürnbergMesse, sagte: „Die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung für einen perspektivischen Neustart des Messegeschäfts ab dem 1. September markiert einen wichtigen Meilenstein für uns, unsere Kunden und alle, die in der Metropolregion Nürnberg von Messen und Kongressen abhängen. Auf der Basis eines schlüssigen Hygiene- und Zutrittskonzepts schaffen wir in unseren gut belüfteten Messehallen eine Schutzatmosphäre, die eine sichere Begegnung von Ausstellern und Besuchern möglich macht. Wir blicken deshalb optimistisch auf unser Herbstprogramm, das neben der Verpackungstechnologie-Messe FachPack und der Cybersicherheits-Messe it-sa noch über 30 weitere Veranstaltungen umfasst. Wir werden alles tun, dass Messen in Bayern und Deutschland mit Abstand wieder zu den Besten gehören.“

Der TrendSet werden die IAA Mobility (September) und EXPO REAL (Oktober) in München und bayernweit zahlreiche weitere Veranstaltungen folgen. In Nürnberg stehen im Herbst beispielsweise noch folgende Messen mit überregionaler Bedeutung und internationaler Beteiligung auf dem Programm: FACHPACK (September, Europäische Fachmesse für Verpackung, Technik und Prozesse) gefolgt von den Oktobermessen it-sa (Europäische Leitmesse und Kongress für IT-Security) und FeuerTrutz (Internationale Fachmesse für vorbeugenden Brandschutz).

Zuverlässige Frischluftzufuhr

Klaus Dittrich empfiehlt dennoch allen, die weder geimpft noch genesen sind, sich auf jeden Fall vor der Anreise zum Messegelände testen zu lassen: „Wer bereits mit einem negativen Testnachweis zu uns kommt, der kann ohne Zeitverlust das Messegelände betreten. Gerade zu Stoßzeiten gehen wir von deutlich längeren Wartezeiten an der Teststation vor Ort aus.“ Zum zusätzlichen Schutz der Aussteller und Besucher in den Messehallen sorgen moderne Lüftungsanlagen, die eine regelmäßige und zuverlässige Frischluftzufuhr garantieren.

München Premiere der IAA

Zum Neustart im September feiert die IAA MOBILITY ihre München Premiere. Mit einer Kombination aus Summit und Conference auf dem Messegelände und Open Spaces in der Innenstadt wird die IAA Mobility zu einer offenen Plattform, die das Thema „Mobilität der Zukunft“ in den Mittelpunkt stellt.

Im Oktober finden mit den Veranstaltungen EXPO REAL sowie Outdoor by ISPO zwei führende internationale Branchentreffpunkte aus den Bereichen Immobilien und Sport in München statt. Den Abschluss bildet im November die productronica – Fachmesse für Entwicklung und Fertigung von Elektronik.

Hybridveranstaltungen

Ab sofort werden alle Messen als Hybridveranstaltungen umgesetzt, wie Klaus Dittrich erklärt: „Wir haben in der Zeit des Lockdowns gelernt, dass unsere Veranstaltungen nur in Kombination mit digitalen Formaten eine Zukunft haben. Dies gilt vor allem in Zeiten, wo nach wie vor Restriktionen im internationalen Reiseverkehr bestehen.“ ❐

Starke Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Durchleitung von für die Kommunen gedachten Bundesmitteln beklagt. Wir fordern deshalb ein Transparenzregister im Bundesfinanzministerium mit einer kommunenscharfen Gegenüberstellung der Bundesfördermittel und der jeweiligen Verbuchung im Jahresabschluss vor Ort. Klare Zuständigkeiten und Verantwortung statt Mischzuständigkeiten und organisierte Verantwortungslosigkeit – das sind die Kriterien, an denen wir das CDU/CSU-Regierungsprogramm messen werden."

Diskussion in den Foren

Wie die kommunalfreundliche Politik in der nächsten Legislatur fortgesetzt werden kann, darüber diskutierten namhafte Verbandsvertreter in den fünf Foren „Nachhaltigkeit für Klimaschutz und Wirtschaft", „Stabile Kommunalfinanzen", „Innenstädte und Ortskerne aktivieren", „Leben in Stadt und Land" sowie „Mobilität der Zukunft". Unter der Leitung des bayerischen KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) wurden dabei mit den Forumsteilnehmern Alois Rainer MdB (verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Thomas Hunsteger-Petermann (stellvertretender KPV-Bundesvorsitzender), Dr. Astrid Mannes MdB (Vorsitzende der AG Mobilität der Zukunft der KPV), Dr. Kay Ruge (Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag) und Dr. Jan Schilling (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) die standardisierte Bewertung von Investitionsvorhaben im Bereich des ÖPNV sowie Mobilitätskonzepte mit einer Verknüpfung aller Verkehrsträger erörtert.

Das Standardisierte Bewertungsverfahren für anvisierte Infrastrukturprojekte wurde in den 1970er Jahren entwickelt und berücksichtigt kaum die aktuellen Anforderungen und Kriterien wie z.B. der Klima- und Umweltschutz oder die notwendigen Aspekte der Verkehrsverlagerung. Deshalb hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Verfahrensanleitung zur Erstellung der Standardisierten Bewertung zuletzt im Jahr 2016 grundlegend überarbeitet. Neben der Fortführung und finanziellen Verstärkung des bestehenden GVFG-Bundesprogramms wurden weitere ergänzende Fördervorhaben benannt. Dazu gehören u.a. Vorhaben der Kommunen, die eine Kapazitätserhöhung im bestehenden Verkehrsnetz ermöglichen oder zu einer Verbesserung der Betriebsqualität des ÖPNV führen. Darüber hinaus wurden die Elektrifizierung und Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken des ÖPNV, auch außerhalb von Verdichtungsräumen, als Förderbestand benannt. Das ist ein wichtiger Schritt bei der Beseitigung des Investitionsstaus für große ÖPNV-Vorhaben, der im Interesse einer ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mobilitäts-, Umwelt,- und Klimapolitik aufgelöst werden muss.

Bonus für ländliche Räume

Die Bundes-KPV hat sich zum Ziel gesetzt, das standardisierte Bewertungsverfahren für über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) geförderte Infrastrukturprojekte dahingehend weiterzuentwickeln, dass bestimmte Kriterien im Bewertungsverfahren wie Klima- und Umweltschutz, Verkehrsverlagerung oder Aspekte der Daseinsvorsorge stärker gewichtet werden können. Beim Kosten-Nutzen-Faktor erhalten dünn besiedelte ländliche Räume einen Bonus, um aus geringerer Einwohnerzahl zwangsläufig resultierende höhere Grundkosten besser berücksichtigen zu können.

Stichwort Mobilitätskonzepte: Aus Sicht der Forumsteilnehmer ist es wichtig, Stadt und Land in Modellvorhaben zu unterstützen, die Auto, Bahn, Bus und Fahrrad bedarfsangemessen miteinander verknüpfen. Der motorisierte Individualverkehr solle insbesondere im ländlichen Raum und als Verbindung in die Ballungsräume erhalten bleiben. Nachhaltige Mobilität unterscheide zwischen den Bedarfen beispielsweise in städtischen Ballungszentren und dünner besiedelten ländlichen Räumen. Während in Städten eine stärkere Verknüpfung zwischen Bus/Bahn und Fahrrad unter Einbeziehung von (Car-) Sharing-Angeboten möglich sei, könne eine nachhaltige Mobilität in ländlichen Räumen nicht auf den motorisierten Individualverkehr verzichten. Dies gelte es bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, für die der Bund den Rahmen setzen kann, zu berücksichtigen.

Kommunale Bausteine

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands nutzte den zweitägigen Bundeskongress, um ihren bereits vor einigen Monaten vorgelegten „kommunalen Bausteinen" (wir berichteten) den letzten Schliff zu geben. Zahlreiche Themen und Forderungen aus der kommunalen Familie haben nunmehr Eingang gefunden in das gemeinsame „Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland" von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2021, das im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstände verabschiedet wurde.

Die „starke kommunale Handschrift", die das Wahlprogramm laut Bayerns KPV-Chef Stefan Rößle auszeichnet, werde in folgenden „zehn wichtigsten kommunalen Punkten" sichtbar:

- Mit Liebe zur Heimat für eine höhere Lebensqualität
- Regionale und nachhaltige Wirtschaft vor Ort fördern und unterstützen
- Zukunftsregionen in Stadt und Land schaffen
- Schnelle Entscheidungen vor Ort durch Bürokratieabbau und starke Verwaltungen
- Gutes Wohnen und Leben in vitalen Dörfern und Städten
- Digitalisierungsturbo für unsere Kommunen starten
- Bevölkerungsschutz und Polizei stärken: Sichere Städte und Gemeinden
- Mehr Verantwortung für Kommunen: Stärkung der Subsidiarität und Föderalismus
- Neue Wege und Lösungen für Mobilität und Verkehr vor Ort
- Vorfahrt für den lokalen Klimaschutz und bürgerschaftliches Ehrenamt

Verlässlichkeit für Familien

Für Familien schafft das Wahlprogramm aus Sicht der Union Verlässlichkeit und Zukunft. So soll ein Elterngeldbonus eingeführt werden: Nehmen beide Eltern Elternzeit, wird diese um zwei auf insgesamt 16 Monate verlängert. Zudem soll der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende perspektivisch auf 5.000 Euro erhöht werden. Zur Förderung der eigenen vier Wände ist die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum vorgesehen: 250.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind.

Für Arbeitnehmer werden Entlastung und Flexibilität geboten. Hilfe beim Vermögensaufbau leistet die Erhöhung der Arbeitnehmersparzulage, der Höchstbetrag für vermögenswirksame Leistungen sowie der Sparer-Pauschbetrag. Um Mini-Jobs attraktiver zu machen, soll die Verdienstgrenze auf 550 Euro angehoben werden. Um Flexibilität im Arbeitsalltag zu schaffen, werden die Regeln der Höchstarbeitszeit weiterentwickelt. Künftig soll sie wöchentlich gelten, nicht täglich.

Freiheit und beste Infrastruktur

Für Unternehmer werden Freiheit und beste Infrastruktur garantiert. Geplant ist eine Unternehmenssteuerreform: „In der Perspektive wollen wir auf eine Steuerlast von 25 % kommen und unsere Unternehmen damit international wettbewerbsfähig halten. Zudem wollen wir zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten für Digital- und Klimaschutzinvestitionen", heißt es. Des Weiteren werden Substanzsteuern gestoppt: „Mit uns wird es keine Vermögenssteuer und keine Erhöhung der Erbschaftssteuer geben." Zudem sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren durch Digitalisierung und Blockchain-Ansätze sowie Vergaberechtsnovellierungen beschleunigt werden. Um Deutschland mobil zu halten, lehnen CDU und CSU Dieselfahrverbote und ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. „Gleichzeitig entwickeln wir einen Fahrplan zur emissionsfreien Mobilität. Wir wollen den Umstieg attraktiv gestalten."

Klimaschutz und Generationengerechtigkeit

„Wir stehen zu Klimaschutz und Generationengerechtigkeit", heißt es weiter. „Wir halten an der ‚Schwarzen Null' fest und wollen so schnell als möglich wieder zu ausgeglichenen Haushalten ohne Neuverschuldung. Wir halten an der grundgesetzlichen Schuldenbremse fest und wollen die gesamtstaatliche Schuldenquote wieder auf unter 60 % reduzieren." Geplant ist ein Generationen-Pensionsfonds, d.h. mit einem staatlichen Monatsbeitrag soll für neugeborene Kinder Vermögen aufgebaut werden, das sie von klein auf vor Altersarmut schützt. Außerdem soll Deutschland bis 2045 klimaneutral werden: Dafür wird in Gebäudesanierungen investiert. „Anreize statt Verbote" lautet die Maxime.

Selbstbestimmtes und sicheres Leben

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter werden Robotik und Digitalisierung in Pflege und Gesundheit genutzt. Dazu wird eine Innovationsoffensive im Volumen von 500 Millionen Euro gestartet. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden zudem Hospiz- und Pflegeplätze garantiert. Darüber hinaus soll Altersvermögen geschützt werden: Wer im Alter staatliche Transferleistungen beziehen muss, soll in seinem Wohneigentum bleiben können.

Für ein sicheres Leben ist geplant, die Polizeipräsenz auf Deutschlands Straßen weiter auszubauen. Für Angriffe auf Einsatzkräfte sollen die Mindeststrafe erhöht und Body Cams flächendeckend in den Einsatz gebracht werden. Gegenüber Clans und Gefährdern sollen eine Beweislastumkehr für Vermögen mit unklarer Herkunft eingeführt und Aussteigerprogramme entwickelt werden. Um Europas Grenzen zu schützen, „stärken wir Frontex, weiten die sicheren Herkunftsstaaten aus und wollen EU-Asylzentren an den EU-Außengrenzen. Wir bleiben bei der Ordnung und Steuerung der Migration: Wir akzeptieren weder eine Ausweitung des Familiennachzugs noch eine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Wir gehen konsequent gegen Identitätstäuscher vor und bestrafen Falschangaben."

Für ein modernes Deutschland will die Union in Zukunft und Infrastruktur investieren. Vorgesehen ist, die steuerliche Forschungsförderung nochmals zu verdoppeln und ein flächendeckendes 5G-Netz bis 2025 zu schaffen. Zudem werden bis 2025 15 Milliarden Euro in Gigabit-Netze investiert und bis 2024 alle weißen Flecken bei der Mobilfunkabdeckung geschlossen. „Wir setzen auf digitale Vorfahrt. Dazu führen wir einen Digital-TÜV für neue Gesetze ein. Alles, was digital werden kann, soll digital werden. Alles, was standardisiert werden kann, soll standardisiert werden. Wir schaffen auf Bundesebene ein eigenes Digitalministerium", heißt es abschließend. **DK**

Zukunft in der Krise ...

(Fortsetzung auf Seite 4)
ten drohe das Aus, 500.000 Arbeitsplätze seien davon betroffen. Es gelte, die Innenstadtbereiche umzugestalten und gleichzeitig dem Klimaschutz mehr Rechnung zu tragen. Hierzu seien mehr Erlebnisräume, mehr Kunst, mehr Handwerk, mehr Kultur, mehr Erlebnisgastronomie und auch mehr Wohnraum, aber auch mehr Grün und Wasserstrukturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei Hitze und Dürre vonnöten.

Was die Finanzierungsmöglichkeiten anbelangt, so verwies der Deutsche Städte- und Gemeindebund erneut auf seinen Vorschlag, eine Paketversandsteuer einzuführen. Damit könne man die großen Plattformen, die mit ihren vielfältigen Lieferstrukturen auch die Infrastruktur der Kommune in Anspruch nehmen, angemessen beteiligen.

Zentrale Herausforderung in der neuen Legislaturperiode

Allgemein unbestritten ist dagegen, dass der Klimaschutz die zentrale Herausforderung in der neuen Legislaturperiode sein wird. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen deutlicher zu schützen, habe dies nochmals betont. „Wir warnen allerdings davor, in der Politik einen regelrechten Überbietungswettbewerb einzuleiten, wer die besten Klimaschutzziele formuliert", mahnten Spiegler und Landsberg.

Entscheidend sei, die Klimaschutzziele nicht nur zu beschreiben, sondern die Umsetzung voranzubringen. Die Kommunen hätten hier eine Schlüsselfunktion. Dies gelte für den Ausbau der alternativen Energien und die Verkehrswende, aber auch für die energetische Sanierung unzähliger Gebäude in kommunaler Trägerschaft. Viele gute Ansätze dauerten in der Realisierung aber nach wie vor viel zu lang – sei es aufgrund unzureichender Finanzierung oder überbordender Bürokratisierung.

Um den Klimaschutz voranzubringen, müsse vor allem die Umsetzung beschleunigt werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt deshalb ein Klimaschutzbeschleunigungsgesetz vor. Bestandteile eines solchen Gesetzes könnten digitale Genehmigungsverfahren, die Verkürzung der Gerichtswege sowie Präklusions- und Stichtagsregelungen sein. Denkbar wäre zudem der Verzicht auf naturschutzrechtliche Ausgleichsregelungen, wenn die Maßnahme dem Klimaschutz dient.

Erforderlich sei vor allem eine gute Kommunikationsstrategie. „Der vielfach verbreitete Grundsatz ‚Not in my backyard? nach dem Motto ‚Ich bin für Klimaschutz, möchte aber die Windenergie nicht in Sichtweite haben, den Schienenverkehr nicht hören und die neue Busstation auch nicht vor meiner Haustür haben?, muss gebrochen werden. Wir brauchen hier auch einen breiten gesellschaftlichen und vor allem generationenübergreifenden Konsens", machten Spiegler und Landsberg deutlich. **DK**

Europäischer St.-Ulrichs-Preis für Dr. Gerd Müller

Mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis wurde der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, MdB, für seine Verdienste um die Einheit Europas ausgezeichnet. Die von Landkreis und Stadt Dillingen a.d.Donau im Jahr 1993 gegründete Stiftung, die die Förderung der Einheit Europas in christlich-abendländischer Tradition und im Geiste des heiligen Ulrich zum Zweck hat, verleiht den mit 10.000 Euro dotierten Preis in der Regel alle zwei Jahre. Der Preisträger spendet das Preisgeld an die Reiner Meutsch Stiftung FLY & HELP, deren Hauptziel die Förderung von Bildung und Erziehung und der Bau von Schulen in Schwellenländern ist (https://www.fly-and-help.de/).

Eigentlich war für die Preisvergabe an Dr. Müller ein großer Festakt im Oktober vergangenen Jahres in der Basilika St. Peter in Dillingen a.d.Donau vorgesehen. Wegen der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung allerdings wenige Tage zuvor zum großen Bedauern der Stiftung abgesagt werden.

Müller reiht sich als 13. Preisträger seit Gründung der Stiftung im Jahr 1993 in die Liste prominenter Preisträger ein. So wurden u.a. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (1997), Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog (1999), die Gemeinschaft Sant'Egidio (2003), der Erzbischof von Prag Miloslav Kardinal Vlk (2007), das aus 300 christlichen Bewegungen bestehende Netzwerk „Miteinander für Europa" (2014) und zuletzt im Jahr 2018 die Nothilfeorganisation „Ärzte ohne Grenzen" ausgezeichnet.

Stiftungsziel aktueller denn je

Bei der Preisverleihung betonte der Vorsitzende der Stiftung, Landrat Leo Schrell, dass die Flüchtlingssituation, der Klimawandel und die Corona-Pandemie drei drängende Gegenwartsfragen seien, bei denen sich Europa schwertue, mit einer Zunge zu sprechen und die Probleme gemeinsam anzupacken und zu lösen. „Wenn wir uns den gegenwärtigen Zustand Europas betrachten, ist das Stiftungsziel „Förderung der Einheit Europas in christlich-abendländischer Tradition" aktueller denn je", betonte Schrell. Deshalb habe die Stiftung in Dr. Gerd Müller einen herausragenden Preisträger erwählt.

Einsatz als überzeugter Europäer für den Chancenkontinent Afrika

Mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis würdigt die Stiftung Müllers Verdienste um die Einheit Europas und die Völkerverständigung, die er sich als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erworben hat. „Mit Ihrer klaren und unmissverständlichen Haltung zu gegenwärtigen Fragen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben Sie Ihre proeuropäische Grundhaltung nachdrücklich unter Beweis gestellt. Damit sind Sie sehr entschieden und offen den nationalistischen Bestrebungen in mittlerweile zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entgegengetreten", sagte Schrell. So setzt sich Bundesminister Dr. Gerd Müller seit vielen Jahren als überzeugter Europäer für den Chancenkontinent Afrika ein, um für die Menschen bessere Lebensverhältnisse zu schaffen. Dabei habe die Stiftung überzeugt, dass Müllers Handeln stets vom christlichen Menschenbild, einem Wertekonzept, getragen von Grundwerten wie Gleichberechtigung und Toleranz sowie dem Recht eines jeden Menschen auf Leben und Würde geprägt gewesen sei, so Schrell. Eben mit dieser Zielsetzung hat Bundesminister Dr. Gerd Müller die Stiftung gebeten, das Preisgeld der Reiner Meutsch Stiftung FLY & HELP zur Verfügung zu stellen.

Der Welt ein humanes Gesicht geben

Der Augsburger Bischof Dr. Bertram Meier betonte bei der Begrüßung, dass Bundesminister Dr. Gerd Müller ein würdiger Preisträger sei. „Sie strahlen eine große Liebe für die Schöpfung aus und leben aus einem intensiven Glauben an den Menschen und an seine Möglichkeiten, der Welt ein humanes Gesicht zu geben", sagte der Bischof.

Die Laudatio auf Müller hielt Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, MdB. Ihn hatte die Stiftung im Jahr 2016 mit dem Europäischen St.-Ulrichs-Preis ausgezeichnet. Umso mehr war die Freude bei der Stiftung über die erneute Begegnung mit Schäuble groß. Schäuble sagte in seiner Laudatio: „Gerd Müller hat die Entwicklungspolitik verändert und vorangebracht. Seine zahlreichen Initiativen haben Maßstäbe für die künftige Ausrichtung deutscher und europäischer Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Vor allem sein „Marshallplan mit Afrika" ist ein Paradigmenwechsel – für eine wirtschaftliche Kooperation, die auf Partnerschaft und Eigeninitiative setzt, die dauerhafte Lebensperspektiven für Menschen in den ärmeren Ländern eröffnet und damit nachhaltig wirkt."

Bundesminister Dr. Gerd Müller, MdB, sagte ein seiner Dankesrede: „Diesen Preis nehme ich mit großer Freude stellvertretend für viele tausend großartige ehrenamtliche Entwicklungshelfer und -helferinnen entgegen, deren weltweiter Einsatz einer friedlichen und gerechteren Globalisierung gilt. Der St. Ulrichs-Preis steht für Europa, christliche Werte, für Gerechtigkeit und Frieden. Er ist Anerkennung und Auftrag für die deutsche Entwicklungspolitik, entschlossen den Weg für eine Welt ohne Hunger und eine gerechtere Globalisierung weiter zu gehen. Der Starke hilft dem Schwachen bei uns und in der Staatenwelt. Das muss unser Leitprinzip für die Zusammenarbeit von Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern sein. ❐

Hightech-Medizin fürs Land:

Projekt „Brückenschlag“

Die Universität geht aufs Land, der Landversorger in die Praxen – wie dieser Ansatz erfolgreich umgesetzt und dadurch die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen verbessert wird, zeigt das Kooperationsprojekt „Brückenschlag“. Die Initiative für die Zusammenarbeit des Universitätsklinikum rechts der Isar und des Kreiskrankenhauses Weilheim-Schongau brachte Landrätin Andrea Jochner-Weiß ein. Die Kooperation ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie Kommunen, Wissenschaft und Bevölkerung Synergieeffekte optimal nutzen können. Gleichzeitig orientiert sich die Versorgung an der Lebenswelt der Patienten.

Wie können Patienten, die auf dem Land leben, besser und schneller von der Expertise eines Universitätsklinikums profitieren? Eine Antwort darauf gibt das Projekt „Brückenschlag“. Ziel dieser Kooperation des Klinikums rechts der Isar der Technischen Universität München (TUM) mit der Krankenhaus GmbH Weilheim-Schongau und dem Ärztlichen Kreisverband Weilheim-Schongau ist es, eine optimale Versorgung von Patienten aus der Region zu erreichen.

Universitäre Medizin zugänglich machen

Schirmherrin dieses Projekts ist Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Im Pressegespräch nannte sie drei Gründe, warum sie sich für das Projekt einsetzt: „Ich möchte die geballte Frauenpower, die hinter dem Projekt steht, unterstützen und konnte der Überzeugungskraft von Landrätin Andrea Jochner-Weiß nicht widerstehen. Zudem komme ich ebenfalls aus einer ländlichen Region und kann nachvollziehen, wie wichtig die medizinische Grundversorgung und der Zugang zu Expertise sind. Und ich bin ein Technikfreak und begeistert von der Roboterchirugie. Ich halte es für entscheidend, dass das Wissen der universitären Medizin und Forschung so vielen Menschen wie möglich zugänglich gemacht werden – nicht nur den Patientinnen und Patienten in der Stadt, sondern gerade auch denen auf dem Land.“ Die wissenschaftliche Begleitung im Forschungsprojekt b4 übernimmt dabei die Technische Universität München. Dadurch werde sichergesellt, „dass die Synergieeffekte später auch von anderen Regionen in Bayern genutzt werden können“, sagte Aigner.

Wie wird die Versorgung verbessert?

Wie die Kooperation im konkreten Fall funktioniert, verdeutlicht folgendes Beispiel: Wer in Weilheim einen Schlaganfall erleidet, wird sofort ins nächstgelegene Krankenhaus in Weilheim gebracht. Die Expertise des Universitätsklinikums rechts der Isar gelangt dabei per Telekonsil, also Videosprechstunde, nach Weilheim. So beraten die Spezialisten die Kollegen auf dem Land zur geeigneten Behandlung. Am Bildschirm bewerten sie dazu computertomografische Aufnahmen aus Weilheim. Per Videoschalte können sie, unterstützt von Kollegen vor Ort, auch einfache klinische Untersuchungen vornehmen. Ist ein Eingriff nötig, der besonders viel Erfahrung erfordert, fährt ein Neuroradiologe nach Weilheim, um diesen selbst durchzuführen. Die Vorteile dieser Behandlungsform lassen sich in Zahlen messen: Dank „Teleskop“ (Telemedizinische Netzwerk kooperierender Kliniken in Bayern) hat sich die Schlaganfallversorgung in den Kliniken Weilheim und Schongau seit Beginn des Jahres 2021 erheblich verbessert.

Medizin aufs Land bringen

Die Idee hinter dem Projekt besteht also darin, ohne großen organisatorischen Aufwand eine Verbindung zwischen den Versorgungsgruppen herzustellen. Prof. Markus Schwaiger, Ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums rechts der Isar erläuterte: „Unser Ziel ist es, damit die Versorgung der Bevölkerung vor Ort zu verbessern – indem wir unterstützend wirken und die Medizin vor Ort durch Ratschläge und telemedizinische Möglichkeiten verstärken.“ Andrea Jochner-Weiß, Landrätin im Landkreis Weilheim-Schongau, legte dabei den Grundstein für die Kooperation und bezeichnete sich im Pressegespräch als „den glücklichsten Menschen“ aufgrund des erfolgreichen Projektstarts in ihrem Landkreis. Jochner-Weiß reiste bereits im Jahr 2018 mit einer Delegation ans Universitätsklinikum rechts der Isar um die Idee zu einer Kooperation vorzustellen: „Für unser Haus der Grundversorgung geht es natürlich darum, Know-How und hochtechnische, universitäre Medizin aufs Land und damit in die Breite zu bringen. Um die gesundheitliche Daseinsvorsorge zu verbessern haben wir dabei den größten Gestaltungsspielraum mit den kommunalen Krankenhäusern. Und ich bin absolut begeistert, dass wir gemeinsam diesen Weg eingeschlagen haben.“

„Win-win-Situation“ für Ärzte

Maßstäbe setzt das Projekt „Brückenschlag“ im Bereich Wissenstransfer: So hospitieren Ärzte vom Land in der Stadt, um ihre Erfahrung zu erweitern. Umgekehrt kommen Mediziner aus dem Universitätsklinikum rechts der Isar ins Krankenhaus Weilheim, um Routine-Operationen durchzuführen. Auch Schulungen von Experten der Universitätsklinik für Kollegen aus Weilheim stehen auf dem Programm. Dazu zählt beispielsweise der Umgang mit Hightech-Geräten, darunter mit dem OP-Roboter „da Vinci Xi“. So kann die Qualität der chirurgischen Versorgung auch auf dem Land auf universitäres Niveau angehoben, deutlich verbessert und an den aktuellen Stand von Technik und Wissenschaft angepasst werden.

Mit Herzblut dabei

Das Besondere an dem Projekt – so stellten es die Initiatoren heraus – sei die Einbindung niedergelassener Mediziner. Praxisärzte können direkt mit Experten am Universitätsklinikum in München kommunizieren und ihre Patienten mit diesem Wissen selbst vor Ort behandeln. Eine weitere Möglichkeit ist die Überweisung nach München – anschließend kehren die Patienten nach der Behandlung im Universitätsklinikum wieder zu ihnen zurück. „Unser Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen“, sagte Dr. Karl Breu, Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Weilheim-Schongau. „Deshalb brauchen wir eine möglichst nahtlose, bedarfsgerechte vernetzte Versorgung, die sich an den Patienten und ihren Lebenswelten orientiert. Mit dem Projekt Brückenschlag sind wir auf dem richtigen Weg.“ Schwaiger sieht das Ziel dann erreicht, wenn der Patient den Übergang von ambulanter zu stationärer Behandlung überhaupt nicht bemerke. Einig waren sich die Beteiligten darin, dass das Projekt deshalb so erfolgreich sei, weil sowohl Ärzte als auch die Akteure aus der Politik „dafür brennen“ und sich auf Augenhöhe begegnen. „Wenn eine Patientin bereits nach wenigen Tagen auf mich zukommt und berichtet, dass ihre Lähmung weg ist, dann bin ich zu Tränen gerührt, denn das kennen wir so nicht“, sagte Prof. Andreas Knez, Ärztlicher Direktor des Krankenhauses Weilheim-Schongau.

Attraktivität für Pflegeberuf steigern

Knez betonte in diesem Zusammenhang auch die Vorteile für den Bereich der Pflege, die sich aus der Kooperation ergeben: „Wir haben im Landkreis eine Pflegeschule und bieten den Pflegenden jetzt die Möglichkeit, sich an einem universitären Haus weiterzubilden.“ Diese Möglichkeit weckt zusätzliches Interesse an dem Beruf. Davon will auch das Universitätsklinikum profitieren. „Hier hoffen wir, dass der Vorteil auf unserer Seite ist – weil es gerade in München extrem schwierig ist, Pflegepersonal zu rekrutieren“, sagte Schwaiger. Denn besitzen Pflegende bereits zu Beginn ihrer Ausbildung die Chance, sich mit der Arbeit in einem Universitätsklinikum vertraut zu machen, könnte das auch Hemmungen abbauen, sich dort ebenfalls für eine Stelle zu bewerben. **red**

GZ KOMMUNAL-ABC

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Long-Covid: Genesen und doch nicht gesund

Die Wohnung liegt im zweiten Stock eines Mehrfamilienhauses – bis vor Kurzem kein Grund zur Sorge. Doch auf einmal wird selbst der Gang vom Briefkasten zur Wohnungstür zur Herausforderung. Die Namen der Kollegen, mit denen man seit Jahren eng zusammenarbeitet, waren nie ein Problem. Jetzt fallen sie plötzlich vom einen auf den anderen Moment nicht mehr ein.

Jeder zehnte Covid-19-Betroffene kämpft im Anschluss an seine akute Erkrankung mit langanhaltenden gesundheitlichen Problemen. Vom sogenannten Long-Covid-Syndrom sind in Deutschland etwa 350.000 Menschen betroffen. Sie entwickeln Symptome wie ständige Erschöpfung, Luftnot, neurologische Störungen, starken Schwindel oder Verlust der Geschmacksfunktionen der Zunge oder auch des Geruchssinns. Das Coronavirus gilt als Multiorganvirus, das nicht nur in der Lunge, sondern auch in zahlreichen anderen Organen auftreten kann – so etwa in der Niere, der Leber, dem Herz oder auch dem Gehirn. Die bislang beobachteten Spätfolgen werden daher nicht als einheitliches Phänomen betrachtet, sondern als verschiedene Krankheitsbilder, die sowohl zeitversetzt als auch parallel in verschiedenen Ausprägungen auftreten können.

Besonders tückisch: Alter und Vorerkrankungen scheinen keine größere Rolle dabei zu spielen, ob Erkrankte anhaltende Symptome entwickeln. Post-Covid-Betroffene finden sich in allen Altersklassen, viele waren vor ihrer Erkrankung sportlich aktiv und hatten keinerlei Vorerkrankungen.

Neue Post-Covid-Ambulanzen

Um Betroffenen zu helfen und gleichzeitig weitere Erkenntnisse über die Spätfolgen von Covid-19 zu erhalten, sind in ganz Deutschland Post-Covid-Ambulanzen entstanden. Patienten werden dort oftmals über mehrere Monate hinweg von einem multiprofessionellen Team begleitet. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Spätfolgen gehören nicht nur Internisten und Lungenfachärzte zum Behandlungsteam, sondern auch Neurologen, Kardiologen sowie Psychologen. Gerade auch die Psyche ist ein wichtiger Aspekt, der bei der Behandlung von Erkrankten im Blick gehalten werden sollte. Symptome wie gesteigerte Ängstlichkeit, Konzentrationsstörungen oder auch eine Depression können eine direkte Folge der Infektion sein.

Mehr als ein Jahr nach Auftreten des Coronavirus in Deutschland ist auch die Krankheitsentstehung von Long-Covid noch Gegenstand der Forschung, in der viele Experten aktiv sind. Festzuhalten bleibt jedoch: Viele – vor allem junge – Patientinnen und Patienten können sich folgenlos von den Symptomen eines Post-Covid-Syndroms erholen. ❐

Fünf-Millionen-Euro-Programm des Bayerischen Kabinetts:

Unterstützung für Post-COVID Patienten

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek hat den Betroffenen von Corona-Spätfolgen Unterstützung zugesichert. „Wir haben es mit ‚Post-COVID‘ mit einem neuen Krankheitsbild zu tun, über das wir insgesamt noch zu wenig wissen. Die Symptome von Post-COVID können massive Auswirkungen auf den Alltag, die Lebensqualität und das Berufsleben der Betroffenen haben. Eine fundierte COVID-Nachsorge und Rehabilitation ist von zentraler Bedeutung, um chronische Erkrankungen zu vermeiden“, betonte der Minister

Die Bayerische Staatsregierung hat aus diesem Grund ein Fünf-Millionen-Euro-Programm zum Post-COVID-Syndrom beschlossen. Mit dieser Förderinitiative sollen vor allem die Versorgungsforschung und innovative Therapieansätze gefördert werden. Ziel sei es, so Holetschek, diese innovativen Ansätze in die Regelversorgung zu übernehmen und multidisziplinäre Versorgungskonzepte zu unterstützen. Anträge könnten insbesondere Einrichtungen der medizinischen Versorgung einschließlich Rehabilitationseinrichtungen oder Verbünde und Netzwerke stellen.

Holetschek ergänzte: „Gerade auch junge Menschen leiden vermehrt unter den Folgen von Post-COVID. Es ist mir ein besonderes Anliegen, auch diese Gruppe in den Blick zu nehmen, da junge Menschen, die an Post-COVID erkranken, ein besonders hohes Risiko für Langzeiterkrankungen haben.“ Der Minister hatte deshalb bereits im Januar dieses Jahres einen Runden Tisch einberufen, aus dem eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe entstanden ist.

Post-COVID-Ambulanzen

Die bayerischen Universitätskliniken in München, Erlangen-Nürnberg, Würzburg und Regensburg haben bereits Post-COVID-Ambulanzen für die ambulante Nachsorge eingerichtet. Die Uniklinik Augsburg baut eine solche gerade auf. Holetschek bekräftigte: „Das ist ein wichtiges Angebot. Als nächsten Schritt müssen wir das System in der Fläche ausweiten. Dazu stehen wir im Austausch mit der Ärzteschaft, um niedergelassene Haus- und Fachärzte für das Thema Post-COVID zu sensibilisieren.“

Der Minister ergänzte: „Zudem wollen wir die Reha-Einrichtungen einbinden und für die Behandlung von Post-COVID-Patienten stärken. Bayern ist Reha-Land Nummer 1 in Deutschland. Wir werden prüfen, wie wir die Einrichtungen bei der Behandlung von Corona-Langzeitfolgen unterstützen können. Vor allem der Bund muss bei der Finanzierung nachbessern, wenn Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Reha-Einrichtungen zu keinen tragfähigen Ergebnissen führen sollten.“

Als Post-COVID-Syndrom werden Symptome bezeichnet, die sich während oder nach einer COVID-19-Erkrankung entwickeln und nicht durch eine alternative Diagnose erklärt werden können. Dauern die Symptome länger als zwölf Wochen an, spricht man von Long-COVID. In Bayern gibt es derzeit rund 65.000 Betroffene. ❐

Austausch über die Auswirkungen der Pandemie: „Die Rehakliniken leiden massiv“, fasst Etzel Walle, Geschäftsführer der Klinikgruppe Enzensberg, die aktuelle Situation zusammen. V. l.: Maximilian Eichstetter (Bürgermeister Stadt Füssen), Stephan Stracke (Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Klaus Holetschek (Bayerischer Gesundheitsminister), Etzel Walle (Geschäftsführer m&i-Klinikgruppe Enzensberg), Herwig Heide (Bayer. Gesundheitsministerium, Leiter Abteilung Krankenhausversorgung), Alexander Heim (Kaufmännischer Direktor m&i-Fachklinik Enzensberg) Bild: Klinikgruppe Enzensberg

Ich lese die GZ

» … da ich wissen will, was in den bayerischen Kommunen gebraucht wird, um zu unterstützen, was wichtig und möglich ist. «

Karl Freller, MdL
1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Genossenschaftsverband Bayern:

Positionen zur Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl werden im Herbst die politischen Karten neu gemischt. Das bietet die Chance, Bewährtes weiterzuentwickeln und daran zu arbeiten, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. „Genossenschaften können dazu einiges beitragen", unterstreicht Dr. Jürgen Gros, Präsident und Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern. „Mit 170 Jahren Erfahrung wirtschaften sie langfristig erfolgreich und haben die Auswirkungen ihres Handelns auf den Menschen stets im Blick."

In einer Broschüre hat der GVB nun seine Erwartungen an die Bundespolitik formuliert. Präsentiert werden 14 Punkte, wie der künftige politische Rahmen für genossenschaftliche Unternehmen aussehen sollte.

Für krisenfeste Bankenregulierung

• Für eine krisenfeste Bankenregulierung: Wir setzen uns für eine Überprüfung der regulatorischen und aufsichtlichen Vorgaben ein. Wir wollen treffsichere und krisenfeste Vorschriften und ein praxisorientiertes regulatorisches Lernen. Wir wollen Corona-bedingte Anpassungen in der Bankenaufsicht, die sich bewährt haben, dauerhaft beibehalten.

• Für eine solide Mittelstandsfinanzierung: Wir setzen uns dafür ein, dass die Besonderheiten der deutschen Bankenlandschaft in der EU-Regulierung und EU-Aufsicht stärker Berücksichtigung finden. Wir regen an, die europäische Umsetzung der Basel III-Finalisierung für eine weitere praxisgerechte Entlastung risikoarmer Regionalbanken zu nutzen. Wir fordern darüber hinaus, die finalen Basel III-Standards an die Bankenlandschaft anzupassen, um die Kreditvergabe durch risikoarme Regionalbanken zu befördern.

• Für den Schutz der Sparer: Wir fordern, die genossenschaftliche Institutssicherung zu bewahren. Wir plädieren dafür, erhöhte Risiken und strukturelle Defizite dort zu beseitigen, wo sie entstehen. Wir lehnen es ab, sie zu vergemeinschaften. Wir begrüßen Maßnahmen, um die Stabilität der europäischen Banken zu verbessern. Dazu setzen wir auf den Abbau notleidender Forderungen, eine angemessene Regulierung von Staatsanleihen, eine Harmonisierung des Insolvenzrechts sowie strukturelle Reformen.

Mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor

• Für mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor: Wir setzen bei der weiteren Ausgestaltung eines nachhaltigen Finanzsystems auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir unterstützen eine freiwillige EU-Nachhaltigkeitstaxonomie, die einfach in der Anwendung ist. Wir sind gegen pauschale Eigenkapitalabschläge oder -aufschläge für Finanzanlagen, die sich an der Nachhaltigkeit orientieren. Das individuelle Risiko als objektives Kriterium muss auch in Zukunft die Bewertungsgrundlage sein. Wir setzen uns für eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Nachweis- und Berichtspflichten im nachhaltigen Finanzwesen ein.

• Für Sicherheit und Fairness am digitalen Finanzmarkt: Wir unterstützen den Grundsatz „Gleiches Geschäft, gleiche Risiken, gleiche Regeln" als Richtschnur für die Finanzmarktregulierung. Wir sprechen uns für ein „Level Playing Field" beim Zugriff von Daten und Schnittstellen zwischen Banken und Drittanbietern aus.

Kampf gegen Geldwäsche

• Für einen wirksamen Kampf gegen Geldwäsche: Wir befürworten eine konsequente Anwendung und Durchsetzung geltender Gesetze. Ständig neue bürokratische Vorgaben an Banken halten wir für nicht zielführend. Wir fordern mehr Ressourcen für Geldwäsche-Verfolgungsbehörden und eine Verbesserung der Kooperation auf Behördenebene.

• Für einen praxisnahen Verbraucherschutz im Finanzwesen: Wir wollen einen praxistauglicheren Verbraucherschutz durch einfache und verständliche Information, Dokumentation und Beratung. Wir fordern einen Verzicht auf unnütze nationale Sonderpflichten wie das Produktinformationsblatt für Aktien. Wir treten dafür ein, das deutsche Mitarbeiter- und Beschwerderegister auf Praxisrelevanz zu überprüfen. Wir fordern eine Lockerung des Schriftformerfordernisses, um die digitale Unterzeichnung von Verbraucherdarlehen und Genossenschaftsanteilen zu erleichtern.

• Für eine Gesetzgebung mit Augenmaß und Praxisrelevanz: Wir fordern, bei der Umsetzung von EU-Richtlinien künftig auf „Goldplating" zu verzichten. Das soll durch ein Anti-Goldplating-Gesetz sichergestellt werden. Wir erwarten, dass Verbände und Unternehmen mit fachspezifischem Wissen bei der Erstellung neuer Gesetz- und Verordnungsentwürfe unter Wahrung ausreichender Fristen beteiligt werden. Wir regen die Errichtung einer zentralen deutschen Konsultationsplattform an. Vorbild kann die „Have your say"-Plattform der EU-Kommission sein.

• Für eine mittelständische Land- und Ernährungswirtschaft: Wir setzen uns für Umstellungsfristen ein, die auch der Situation der Erzeuger und Verarbeiter vor Ort Rechnung tragen. Wir befürworten realistische Einstiegshürden für das geplante Tierwohllabel, damit keine Anbieter von der Vermarktung ausgeschlossen werden. Wir wollen, dass Investitionen in höheren Tier- und Umweltschutz in allen Produktionsstufen gefördert werden.

Fairer Lebensmittelhandel

• Für einen fairen Lebensmittelhandel: Wir treten dafür ein, die Position der kleinen und mittelständischen Lebensmittelproduzenten gegenüber dem stark konzentrierten Handel zu stärken. Wir fordern, Produzenten wirksam vor missbräuchlichen Handelspraktiken zu schützen, indem die Beweislast umgekehrt wird. Wir regen an, eine Ombudsstelle für den Lebensmittelmarkt einzurichten.

• Für offene Agrar- und Lebensmittelmärkte: Wir befürworten einen starken europäischen Binnenmarkt für Lebensmittel und Agrarerzeugnisse. Wir stellen uns gegen Einschränkungen im freien Waren- und Personenverkehr. Wir setzen uns dafür ein, internationale Handelsbarrieren für Agrarprodukte abzubauen. Wir lehnen protektionistische Tendenzen wie nationale Sonderregelungen für Herkunftskennzeichnung jenseits der „geschützten Ursprungsbezeichnung" ab.

Mehr Akzeptanz von regenerativer Energie

• Für mehr Akzeptanz von regenerativer Energie: Wir wollen, dass die Energieerzeugung durch kleine genossenschaftliche Anbieter weiterhin sichergestellt ist. Das stärkt die Bürgerbeteiligung und die Akzeptanz für die Energiewende. Wir drängen auf Nachbesserungen bei den EEG-Ausschreibungen, damit genossenschaftliche Erzeuger erneuerbarer Energien bei Ausschreibungsverfahren eine realistische Chance haben. Wir fordern eine zügige Umsetzung von EU-Recht zum Energy Sharing durch eine Entlastung der Mitgliederversorgung in Genossenschaften von EEG-Umlage und Stromsteuer.

• Für eine faire Kostenverteilung bei der Energiewende: Wir setzen uns für einheitliche Verteilnetzentgelte ein, um die ländlichen Versorgungsstrukturen zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern.

• Für die Bewahrung der genossenschaftlichen Idee: Wir fordern die konsequente und gezielte Bekämpfung unseriöser Genossenschaftsmodelle. Wir lehnen die pauschale Ausweitung von Prüfungsvorgaben auf Kosten seriös wirtschaftender Genossenschaften ab. **DK**

Familienministerin Carolina Trautner (r.) hat den Preis „Herzwerker" für Bayerische Kindertagesstätten als Teil der breit angelegten Imagekampagne für soziale Berufe ins Leben gerufen und den Kindergarten Glockenbachwerkstatt im Bürgerhaus München als einen der ersten Preisträger ausgezeichnet. Unser Bild zeigt die Staatsministerin mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kindergartens. Bild: StMAS/Göttert

Kinderbetreuung im Freistaat:

Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung. Die Gemeinden, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gefördert werden, erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 Prozentpunkten auf die reguläre Förderung. Aktuell profitieren davon die Landkreise Kronach, Coburg, Bayreuth, Hof, Oberallgäu, Dillingen an der Donau, Günzburg, Donau-Ries und Neu-Ulm sowie die Städte Coburg und Hof.

Wie Familienministerin Carolina Trautner betonte, „schaffen wir maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Mein Ziel ist es, dass Familien den Betreuungsplatz bekommen, den sie sich wünschen."

25 neue Betreuungsplätze für Kinder entstehen im Katholischen Kindergarten „St. Franziskus" in Steinbach a. Wald (Landkreis Kronach). Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 164.000 Euro. Die Kindertagesstätte in Mitwitz (Landkreis Kronach) erhält 22 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit insgesamt 217.000 Euro.

In der Kindertagesstätte Lienhard-Fuchs in Rödental (Landkreis Coburg) werden 37 neue Betreuungsplätze bereitgestellt. Die Förderung beläuft sich auf 141.000 Euro. In der Kindertagesstätte in Emtmannsberg (Landkreis Bayreuth) entstehen 12 neue Betreuungsplätze für Kinder. Die Kommune wird dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 8.000 Euro bedacht. 74 neue Betreuungsplätze erhält die Kindertagesstätte in Münchberg (Landkreis Hof). Die Förderung beläuft sich auf 401.000 Euro.

Die neue Kindertagesstätte in Bad Hindelang (Landkreis Oberallgäu) darf sich über 61 neue Betreuungsplätze für Kinder freuen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 715.000 Euro. 22 neue Betreuungsplätze werden der neuen Kinderkrippe in Villenbach (Landkreis Dillingen an der Donau) zuteil. Die Förderung beläuft sich auf 351.000 Euro. In der Kindertagesstätte „St. Gabriel" in Niederraunau (Landkreis Günzburg) entstehen 32 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit 323.000 Euro.

Über 34 neue Betreuungsplätze darf sich das Montessori-Kinderhaus in Nördlingen (Landkreis Donau-Ries) freuen. Förderungssumme: 259.000 Euro. Auch die Kindertageseinrichtung „Liselotte Forster" in Illertissen-Au (Landkreis Neu-Ulm) wird mit 25 neuen Betreuungsplätze für Kinder bedacht. Der Freistaat unterstützt die Kommune mit einer Förderung in Höhe von 99.000 Euro.

In der Coburger Kinderkrippe Bergwichtel werden 50 neue Betreuungsplätze bereitgestellt. Die Förderung beläuft sich auf 350.000 Euro. Im Waldorfkindergarten sowie in der Kinderkrippe für den „Waldorf-Kindergarten" in Hof entstehen 37 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 109.000 Euro.

Nach Trautners Angaben unterstützt der Freistaat seit 2008 die Gemeinden massiv durch zusätzliche Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung. „Damit tragen wir den geänderten Bedürfnissen der Familien und den steigenden Geburtenzahlen Rechnung. Über 1,3 Milliarden Euro hat der Freistaat dafür zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 846 Millionen Euro an Bundesmitteln, die in voller Höhe den Kommunen zugutekommen."

Ausbau der Betreuungsplätze für Grundschulkinder

Im aktuellen 4. Sonderinvestitionsprogramm wurden die 178 Millionen Euro an Bundesmitteln mit Landesmitteln in Höhe von 417 Millionen Euro erhöht. Insgesamt werden damit rund 73.500 Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung gefördert. Auch nach dem Ende des 4. Sonderinvestitionsprogramms engagiert sich der Freistaat weiter beim Kita-Ausbau. Der Fokus verschiebt sich nun auf den Ausbau der Betreuungsplätze für Grundschulkinder.

Im vorschulischen Bereich fördert der Freistaat auch künftig die Kommunen, und zwar im Rahmen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes. Die förderfähigen Kosten werden, abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, in Höhe von bis zu 80 Prozent, in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent, erstattet.

Trautner: „Für den Ausbau der Kinderbetreuung sind die Mittel bestens eingesetzt. Wir wollen aber auch höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen überall in Bayern. Deshalb leisten wir auch hohe Betriebskostenzuschüsse an die Gemeinden und setzen zusätzlich qualitative Akzente durch Förderprogramme. Zum Beispiel haben wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus eingeführt, um die pädagogischen Leitungen zeitlich zu entlasten. Die Konditionen dafür haben wir aktuell mit Wirkung ab 2021 erheblich verbessert." **DK**

Erste bayerische Sparkasse feiert 200-jähriges Bestehen

200 Jahre Daseinsfürsorge für alle – Bayerns älteste Sparkasse feiert in diesen Tagen ein großes Jubiläum. Die Sparkasse Nürnberg eröffnet damit den Reigen der heute 64 bayerischen Sparkassen, die ab 1821 überall im Freistaat gegründet wurden und in der kommenden Zeit sukzessive ihre großen Geburtstage feiern.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begleitet den besonderen Geburtstag mit Stolz auf die große Leistung der öffentlich-rechtlichen kommunalen Kreditinstitute in Bayern bis heute und richtet gleichzeitig seinen Blick in die Zukunft: „Dass es Sparkassen gibt, die in Finanzthemen Anlaufstelle für alle sind und nicht nur für besondere Personenkreise, ist kein Naturgesetz, sondern eine menschliche Leistung. Es war seinerzeit eine große Errungenschaft, auch den einfachsten Dienstboten den Weg zur eigenen Zukunftsvorsorge und damit der finanziellen Selbstverantwortung zu eröffnen. Diese Tradition wird bis heute permanent weiterentwickelt und nach allen Regeln des modernen Bankgeschäfts ausgebaut. Auch die kleinen und mittleren Unternehmen in den bayerischen Regionen zählen stabil auf ihre Sparkassen, denn die fühlen sich der Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Heimat verpflichtet, sind eng am Puls ihrer Geschäftsgebiete und haben deshalb genau im Blick, was ihre Kunden dort brauchen. Die Sparkassen haben dabei in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten bewiesen, dass sie den Wandel nicht nur sicher begleiten, sondern auch immer wieder neu mitgestalten – das setzen sie auch unter erschwerten Bedingungen fort und zeigen sich damit auch künftig widerstandsfähig, wandlungsfreudig und tatkräftig."

Entwicklungsschritte

In den Jahren 1821 bis zur Jahrhundertwende wurden in Bayern 370 kommunale Sparkassen gegründet, die sich im Lauf der Zeit von der einfachen Verwahrstelle für Spareinlagen im Amtszimmer bis zum vollwertigen Kreditinstitut, das aus den Einlagen Darlehen vergibt, entwickelt haben. Das Aufkommen und die Verbreitung von Sparkassen hängt eng mit der Entwicklung der industriellen Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert zusammen: Im Transformationsprozess von der altständisch-aristokratischen, zünftisch organisierten Gesellschaftsordnung zur industriellen Welt waren sie von Beginn an Teil des Modernisierungsprozesses in Wirtschaft und Gesellschaft. Denn sie stehen – bis heute und auch in der Zukunft – für die finanzielle Selbstverantwortung aller Beteiligten im Wirtschaftsgeschehen, seien es die Beschäftigten auf allen Positionen, die Unternehmen oder alle anderen Menschen, die im Geschäftsgebiet leben.

„Ursprungsgedanke und bis heute gesetzlich verankerter Auftrag der bayerischen Sparkassen ist die Förderung des Sparens in der Bevölkerung – in Zeiten der Negativzinsen interpretieren wir das allerdings inzwischen besser als Angebote zum Vermögensaufbau auf allen Wegen," folgert Reuter: „Die bayerischen Sparkassen bleiben also bei ihren Leisten, aber sie passen sich dabei ständig an die jeweiligen Umfeldbedingungen im Zeitenwechsel an. Das gilt auch für ihre Rolle in Krisen, sei es die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise, Hochwasser oder zuletzt die Corona-Pandemie – sie stehen mit passgenauen Lösungen an der Seite ihrer Privat- und Unternehmenskunden und leisten Unterstützung: Sparkassen können Krisen meistern. Und sie können Wandel, das haben sie bewiesen."

Ob es darum ging, das Kreditgeschäft aufzunehmen, den bargeldlosen Zahlungsverkehr einzuführen, EC-Girokarten einzuführen, ein EC-Geldautomatennetz zu schaffen, die Kunden in die Welt des Internets zu begleiten und ein Online-Banking aufzubauen, das kontaktlose Bezahlen zu ermöglichen oder das Smartphone-Banking zu etablieren – „die Sparkassen sind stets mit zeitgemäßen innovativen Lösungen an der Seite der Bürger und des Mittelstands im Freistaat," so Reuter: „Und das wird so bleiben, auf den Marktführer ist auch weiterhin Verlass." ❐

Deutscher Städtetag zur Krankenhausfinanzierung:

Enorme Defizite bei kommunalen Großkrankenhäusern

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Bereits in den vergangenen Jahren stiegen die Defizite der großen kommunalen Krankenhäuser. Jetzt fürchten die Städte um deren Bestand. In einem „Forderungspapier zur strukturellen Verbesserung der Finanzierung kommunaler Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser" werden Bund und Länder ersucht, die finanzielle Lage der Krankenhäuser schnell zu verbessern, damit sie ihre lebensnotwendigen Dienstleistungen weiter in hoher Qualität erbringen können. Strukturelle Probleme, die die Corona-Krise besonders deutlich gemacht hat, müssten jetzt angepackt werden.

„Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt: Große kommunale Krankenhäuser sind zusammen mit den Universitätskliniken das Rückgrat einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Jeder Tag der Pandemie ist eine neue Bewährungsprobe, die sie mit Bravour stemmen. Zudem übernehmen viele Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser Verantwortung für eine ganze Region. Doch viele Krankenhäuser sind inzwischen selbst Patient. Sie sind chronisch unterfinanziert. Nahezu alle kommunalen Großkrankenhäuser haben mit Defiziten zu kämpfen. Im Corona-Jahr 2020 verschlechterte sich ihr Jahresergebnis um durchschnittlich rund 6 Millionen Euro", erläutert Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig.

Schon vor der Corona-Pandemie bestanden aus seiner Sicht strukturelle Finanzierungsdefizite kommunaler Großkrankenhäuser. Diese zeigten sich jetzt noch stärker. 2019 hätten rund 40 Prozent der öffentlich-rechtlichen Häuser ihre Haushalte mit Verlusten abgeschlossen, für 2020 rechne man mit knapp 80 Prozent der Häuser.

Jung zufolge sind Krankenhausdefizite in ungeahnter Höhe und wegbrechende Steuereinnahmen durch Corona ein brisantes Gemisch. „Wir warnen davor, die Kommunen finanziell zu überfordern. Sonst wächst die Gefahr, dass manche Kommunen keine Möglichkeit mehr sehen, das Großkrankenhaus mit erheblichem Defizit zu erhalten. Bund und Länder müssen die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit kommunal getragene Großkrankenhäuser wieder auf gesunden Füßen stehen können."

Nicht zuletzt in der Corona-Krise habe sich die Bedeutung der kommunal getragenen Krankenhäuser gezeigt. Sie werden für eine sichere Versorgung dringend gebraucht, nicht nur in Pandemiezeiten.

Finanzielle Lage verbessern

Konkret fordern Deutscher Städtetag sowie die Standortstädte der Maximalversorger und Schwerpunktkrankenhäuser den Bund auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, um

- eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch eine Kombination aus Vorhaltepauschalen und einer adäquaten Leistungsvergütung zu ermöglichen;
- die Finanzierung der Notfallbehandlungen und Versorgungsinfrastruktur auskömmlich im Sinne einer Grundfinanzierung ohne zwingenden Leistungsbezug zu gestalten;
- die flächendeckende ambulante Versorgung durch Öffnung von Krankenhausambulanzen analog zu den Hochschulambulanzen als Ergänzung zum niedergelassenen Bereich zu stärken und einen entsprechenden Vergütungsrahmen zu schaffen;
- Tarifsteigerungen aller Berufsgruppen im Krankenhaus vollständig zu refinanzieren und den finanziellen Aufwand zur (fach-)ärztlichen Ausbildung bei der Krankenhausfinanzierung kostendeckend zu berücksichtigen und
- die strukturell unterfinanzierten Leistungsbereiche wie beispielsweise die Geburts- und Kinderkliniken auskömmlich zu finanzieren.

Zudem wird für die Reduzierung der immer weiter ausgedehnten und nicht gegenfinanzierten Bürokratisierung etwa im Bereich der Personaldokumentation plädiert, um die hier gebundenen Ressourcen für die Patientenbehandlung nutzen zu können.

Die Landesregierungen werden aufgefordert, die milliardenschwere Lücke in der Investitionsförderung für Krankenhäuser zu schließen, damit eine ausdifferenzierte und aufeinander aufbauende Krankenhauslandschaft mit klaren Versorgungsrollen zwischen den Krankenhäusern entwickelt werden kann. Darüber hinaus müsse der Investitionsstau der vergangenen zehn Jahre von mindestens 30 Mrd. Euro zügig aufgelöst werden.

„Die Gesellschaft erwartet von kommunalen Großkrankenhäusern nicht nur die Notfallbehandlung, sondern das Vorhalten einer Versorgungsstruktur für alle Fälle und Notfälle des Lebens. Sie sollen und wollen Pflegekräfte und Ärzte ausbilden. Sie halten Geburts- und Kinderstationen auf einem immer höheren Leistungslevel vor, obwohl immer weniger Kinder geboren werden – um nur wenige Beispiele zu nennen. Aber für all das, für diese essenziellen Beiträge zur Daseinsvorsorge in einem hoch entwickelten Land, fehlt mittlerweile der hierfür angemessene finanzielle Ausgleich", heißt es weiter.

Im Interesse am Gemeinwohl dürften Bund und Länder nicht die Augen davor verschließen, welche Aufgaben große kommunale Krankenhäuser als konstitutiver Bestandteil der Krankenhauslandschaft zur Daseinsvorsorge leisten. Gerade in Krisenzeiten stünden sie ohne Frage mit ihrem Personal und ihrer Infrastruktur dem öffentlichen Gesundheitsdienst zur Seite und nähmen ihre Verantwortung wahr. **DK**

Kommunaler Straßenausbau:

50 Millionen Euro zusätzlich im Jahr 2021

„Wir unterstützen unsere Städte und Gemeinden bei ihren Straßenausbaumaßnahmen weiterhin auf höchstem Niveau! So erhalten die bayerischen Kommunen nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge im Jahr 2021 pauschal 135 Mio. Euro – 50 Mio. Euro mehr als im Vorjahr", teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit. „Der Freistaat ist und bleibt, besonders in den aktuell schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie, ein sehr verlässlicher Partner seiner Kommunen."

Nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge erhalten die bayerischen Kommunen jährlich 85 Mio. Euro in Form von Straßenausbaupauschalen. Im Jahr 2021 stehen für die Pauschalen einmalig zusätzlich 50 Mio. Euro zur Verfügung. Langfristig werden die Pauschalen auf 150 Mio. Euro anwachsen. Diese staatlichen Finanzmittel sind weit mehr, als die ca. 55 Mio. Euro, die die Gemeinden im Durchschnitt der letzten zehn Jahre vor der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vereinnahmt hatten. ❐

BayernLB verleiht „Förderprofi 2020"

Bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat hat die S-Finanzgruppe ein neues Rekordvolumen erreicht. 2020 haben die 64 bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 6,1 Mrd. Euro ausgereicht. Damit erzielten sie einen Marktanteil von 34,9 Prozent. Für ihren Beitrag zu diesem Erfolg wurden besonders engagierte Sparkassen mit dem „Förderprofi" ausgezeichnet.

Die Auszeichnung „Förderprofi" vergibt die BayernLB seit mittlerweile elf Jahren. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Regierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im vergangenen Jahr die Sparkasse Berchtesgadener Land (Oberbayern), die Sparkasse Bayreuth (Oberfranken), die Sparkasse Oberpfalz-Nord (Oberpfalz), die Sparkasse Fürth (Mittelfranken), die Sparkasse Passau (Niederbayern), die Sparkasse Donauwörth (Schwaben) und die Sparkasse Bad Neustadt a.d. Saale (Unterfranken). Des Weiteren wurde der Sparkasse Fürth der Förderprofi „Nachhaltigkeit" verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen.

„2020 war für die Fördermittel-Berater der Sparkassen ein echtes Ausnahmejahr. Mit tatkräftiger Unterstützung der Bayerischen Landesbank haben sie das Neugeschäftsvolumen gegenüber 2019 mehr als verdoppelt", betonte Vorstandsmitglied Gero Bergmann: „Insbesondere die ausgezeichneten Sparkassen haben die aufgelegten Corona-Programme eingesetzt, um zahlreichen mittelständischen Unternehmen die benötigte Liquidität zu verschaffen. Die Förderprofis der S-Finanzgruppe haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der bayerischen Wirtschaft geleistet."

Laut Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, „hatten unsere Kunden im Frühjahr 2020 plötzlich den unvorhersehbar erhöhten Liquiditätsbedarf, den wir dann flexibel und individuell abgestimmt aus eigenen Kreditmitteln und den schnell aufgelegten Fördermittelprogrammen decken konnten. Hier hat sich unter Extrembedingungen gezeigt, wie effektiv die schon unter Normalbedingungen bewährte Zusammenarbeit im Krisenfall durchstarten kann. Davon profitiert der bayerische Mittelstand, der jetzt stabiler in die Nachholzeit nach den Lockdowns geht."

Durch ihre gute Zusammenarbeit haben die bayerischen Sparkassen und die BayernLB dazu beigetragen, die Liquiditätsversorgung ihrer Kunden auch während der Corona-Krise sicherzustellen. Die BayernLB hat, insbesondere im bewährt engen Schulterschluss mit den Sparkassen, im Jahr 2020 allein aus den Corona-Sonderprogrammen mehr als 10.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 2,9 Mrd. Euro bearbeitet. **DK**

sparkasse.de

Verbundenheit ist einfach.

Die Sparkasse ist und bleibt der wichtigste Finanzdienstleister in der Region.

Mit 35.813 Mitarbeitern und 2.009 Filialen sind die bayerischen Sparkassen für ihre Kundinnen und Kunden da. Davon profitieren neben den Menschen auch die Unternehmen in der Region. Wir unterstützen sie mit Krediten von 151 Milliarden Euro. Auch wenn andere sich zurückziehen, bleiben wir in Ihrer Nähe. Heute und auch in Zukunft ist uns dies wichtig. Und das ist gut für Bayern.

Zurück zur Schuldenbremse!

Dr. Edmund Stoiber und Prof. Dr. Hans-Werner Sinn beim Wirtschaftsbeirat Bayern

„Die ungesunde Verzahnung einer exzessiven Staatsverschuldung mit einer ultralockeren Geldpolitik macht die EZB handlungsunfähig. Ihre Unabhängigkeit ist beeinträchtigt. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern steigt" stellte der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Stoiber im Gespräch beim Wirtschaftsbeirat Bayern (wbu) fest. Prof. Sinn betonte: „Die europäische Gesellschaft kann nicht weiter in dem Maße aus der Druckerpresse leben, wie es während der Krisen seit 2008 geschah. Staaten, Firmen und private Haushalte müssen sich nach der Decke strecken und wieder mit den eigenen Mitteln haushalten lernen. Sonst drohen eine Inflation und eine Erosion des Gemeinwesens".

Wbu-Präsidentin Prof. Angelika Niebler stellte klar, die Geldpolitik der EZB habe die Wirtschaft in der Krise stabilisiert und der Wiederaufbaufonds sei ein großer Kraftakt der EU gewesen, um die Folgen der Pandemie in den Mitgliedstaaten zu bewältigen. Niebler betonte: „Jetzt gilt es, zu einer nachhaltigen und soliden Geld- und Finanzpolitik zurückzukehren."

Weder dürfe der Wiederaufbaufonds zur Dauereinrichtung werden, noch dürfe er den Weg in eine Schuldenunion ebnen. Vielmehr müsse die EU von den Mitgliedstaaten eine konsequente Reformagenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einfordern. Hierauf sei bei der Überprüfung und Kontrolle der von den Mitgliedstaaten aufgestellten Wiederaufbaupläne durch die Kommission streng zu achten. Die europäische Finanzarchitektur werde zudem auch Gegenstand der Konferenz zur Zukunft Europas sein, die vom Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten im Mai dieses Jahres gestartet wurde.

Explosive Gemengelage

Stoiber und Sinn waren sich einig: Schuldenwelle und Geldflut, Negativzinsen und Inflationspotenzial, EU-Nebenhaushalte mit gesamtschuldnerischer Haftung, Bruch der Maastrichtkriterien – diese Gemengelage berge enormen Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft. Zunehmende Staatseingriffe in die Soziale Marktwirtschaft und eine zunehmende „Rundum-sorglos-Mentalität", gefördert durch politische Umverteilung, festige zudem den Trend zur strukturellen Wachstumsschwäche. Die Rückkehr zur Schuldenbremse, der Rückzug der EZB auf ihre Kernaufgaben und mutige strukturelle Reformen seien der Königsweg zu einer soliden und nachhaltigen marktwirtschaftlichen Wachstumspolitik. Sinn und Stoiber stellten weitreichende Forderungen an Politik und EZB.

Politik solider Finanzen

Die Neuverschuldung müsse schrittweise wieder zurückgeführt werden. Da es absehbar sei, dass die Pandemie durch die Impfungen überwunden wird und sich ein starker Aufschwung ankündigt, sei es erforderlich, die Schuldenbremse sofort wieder einzuhalten. Sie noch länger gelockert zu lassen oder gar abzuschaffen, wäre ein fataler Fehler. Eine Politik solider Finanzen sei auch eine Herausforderung für die Generationengerechtigkeit, der das Bundesverfassungsgericht zuletzt in Zusammenhang mit der Klimapolitik einen Verfassungsrang gegeben hat. Sie müsse durch eine konsequente Wachstumsstrategie flankiert werden: Weniger Bürokratie aus Brüssel und Berlin, niedrigere und wettbewerbsfähigere Steuern, marktwirtschaftliche Klimapolitik, mehr Zukunftsinvestitionen und mehr Innovationen.

Die EZB müsse sich auf ihre Kernaufgabe, der Sicherung der Preisniveaustabilität, besinnen. Dazu gehöre es, die Staatsanleihekäufe zu beenden und fällig werdende alte Staatsanleihen nicht mehr zu ersetzen, um so die aufgeblähte Geldmenge zu reduzieren. Eine Abschreibung von Staatsanleihen sei vertragswidrig und dürfe nicht zur Debatte stehen. ❐

Umfrage von IDZ und DStGB:

Bargeldlose Zahlungen in Kommunen nehmen zu

Laut einer aktuellen infas quo-Umfrage der Initiative Deutsche Zahlungssysteme (IDZ) in Kooperation mit dem DStGB hat die Corona-Pandemie zu einer Zunahme bargeldloser Zahlungen geführt. Bereits 2014 wurden Kommunen zum Status quo und zu künftigen Potenzialen moderner Bezahlsysteme befragt. Die Neuauflage zeigt: An vielen Orten gehört bargeldloses Bezahlen zum Alltag. Doch damals wie heute gibt es immer noch Ausbaupotenzial.

„Die Pandemie wirkt als Katalysator und hat eine neue Dynamik in die Digitalisierungsprozesse gebracht, gerade auch beim Bezahlen. Nach der aktuellen Umfrage von IDZ und DStGB wurde in jeder zweiten Kommune in der Pandemie deutlich mehr bargeldlos bezahlt", stellt Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, fest. Insbesondere bei der bargeldlosen Bezahlung in der Verwaltung seien Kommunen heute bereits gut aufgestellt: Knapp neun von zehn Kommunen setzen sie dort ein – egal in welcher Form. 2014 waren es nur 70 Prozent, die die bargeldlose Zahlung anboten.

Auch wenn die größeren Kommunen beim Einsatz elektronischer Zahlungssysteme oftmals Vorreiter waren, stehen ihnen kleinere kaum noch nach: Fast jede Kommune mit 50.000 Einwohnern und mehr (96 Prozent) setzt die bargeldlose Bezahlung in der Verwaltung ein. Bei den Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern sind es bereits 79 Prozent.

Gerade in den Bürgerämtern zeigt sich mit Blick auf die Zahlungssysteme ein sehr deutliches Bild: Die girocard, die Bezahlkarte der deutschen Banken und Sparkassen, steht damals wie heute auf Platz eins der elektronischen Zahlmöglichkeiten und ist somit nach dem Bargeld die beliebteste Bezahlform. Darauf folgen die Überweisung/Rechnung, der elektronische Lastschrifteneinzug sowie die Kreditkarte. Bargeldloses Bezahlen birgt aus Sicht der Gemeinden ein hohes Einsparpotenzial, denn im Durchschnitt werden mehr als fünf Stunden pro Woche mit dem Bargeldhandling aufgewendet.

Werden Dienstleistungen in der Verwaltung heute mit der girocard beglichen, dann geschieht dies meist noch mit Stecken der Karte und PIN-Eingabe (78 Prozent). Wie die aktuelle Statistik der Deutschen Kreditwirtschaft zeigt, zahlen Verbraucher inzwischen jedoch bevorzugt kontaktlos: 60 Prozent aller girocard-Transaktionen werden berührungslos getätigt, rund 90 Prozent der Terminals sind kontaktlosfähig. In den Kommunen setzt bisher über die Hälfte aller, die die girocard-Zahlung auf ihren Bürgerämtern möglich machen, auch auf die berührungslose Variante.

Zahlreiche Anwendungsbereiche

Doch auch abseits der Verwaltung sehen Kommunen in vielerlei Anwendungsbereichen Chancen für den Einsatz der elektronischen Bezahlung: Waren es 2014 vorrangig Erlebnis- und Schwimmbäder, Büchereien sowie Parkscheinautomaten, hat sich dieses Bild deutlicher in den Anwendungsbereich der Mobilität verschoben: Erlebnis- und Schwimmbäder führen die Liste weiter an, dicht gefolgt von Stromtankstellen für Elektroautos und Parkscheinautomaten sowie der Öffentliche Personennahverkehr.

Zwar wird die bargeldlose Bezahlung im Mobilitätsbereich von Kommunen als sinnvoll erachtet, jedoch besteht noch Ausbaupotenzial beim Angebot: An den E-Ladesäulen beträgt die Akzeptanz der girocard laut Aussage der Kommunen bereits 45 Prozent, an Parkscheinautomaten hingegen sind es nur 15 Prozent. Bei beiden spielt die Bezahlung via App bereits eine entscheidende Rolle.

Ausbaufähig ist auch das generelle Angebot digitaler Dienstleistungen: Gaben vor sieben Jahren Kommunen an, dass 13 Prozent der Dienstleistungen online genutzt und auch bezahlt werden können, sind es heute 20 Prozent. Weitere 18 Prozent betonten, dass Dienstleistungen bereits online genutzt aber noch nicht bezahlt werden können. **DK**

Mantelverordnung und Altpapier-Kreislauf:

bvse fordert Optimierung

Vor kurzem hat der Bundesrat die vorliegende Mantelverordnung verabschiedet. Den Kern des Vorhabens bilden die Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung und die Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung. Im Zusammenhang damit werden auch die Deponieverordnung und die Gewerbeabfallverordnung geändert. Anforderungen für den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken sind in der Ersatzbaustoffverordnung enthalten. Mit dieser sollen die Ziele der Kreislaufwirtschaft gefördert und die Akzeptanz für den Einsatz von Ersatzbaustoffen verbessert werden.

Aus Sicht des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung haben die inhaltlichen Diskussionen und Beratungen gezeigt, dass auf alle Beteiligte noch einiges an Arbeit wartet. Um den Herausforderungen des Ressourcenschutzes und der Kreislaufwirtschaft in der Baubranche gerecht zu werden, gleichzeitig die Akzeptanz von Ersatzbaustoffen zu fördern und Stoffstromverschiebungen in die Deponien zu vermeiden, seien unbedingt noch weitere Anstrengungen nötig, hob bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock hervor.

„Wir stellen zwar Verbesserungen der nun vorliegenden Mantelverordnung gegenüber den ersten Entwürfen fest. Es ist jedoch auch keine Überraschung, dass wir bei allen erzielten Fortschritten noch erhebliche Kritikpunkte sehen, die in nächster Zeit angegangen werden müssen. Die Notwendigkeit einer stetigen Weiterentwicklung ist auch ganz bewusst in der Mantelverordnung angelegt worden", erklärte Rehbock.

Schwachstellen

So müsse erreicht werden, dass mineralische Ersatzbaustoffe, die einer strengen Qualitätskontrolle unterliegen, aus dem Abfallregime entlassen werden. Schon jetzt gibt es in weiten Teilen Deutschlands laut bvse entsprechende Regelungen für einen Produktstatus von Recyclingbaustoffen: in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und auch in Bayern. Im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft wäre es völlig kontraproduktiv, wenn die Politik hier scheitern sollte.

Eine weitere Schwachstelle, die es bis zum Inkrafttreten der Verordnung noch auszubessern gilt, ist Rehbock zufolge insbesondere auch die Implementierung eines einheitlichen Analyseverfahrens für Recycling, Verfüllung und Deponierung von mineralischen Abfällen und Reststoffen. Dies sei eine Grundvoraussetzung für einen praktikablen Umgang mit der Mantelverordnung und damit auch die Basis für ihren Erfolg. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Ersatzbaustoffverordnung künftig einen wesentlichen Beitrag zum Ressourcenschutz und zur Kreislaufwirtschaft leisten kann, das Recycling von Bauabfällen befördert und massive Stoffstromverschiebungen in die Deponien vermieden werden.

Vor immer neue Herausforderungen sehen sich auch die mittelständischen Altpapierunternehmen gestellt. Aussichtsreiche Zukunftsstrategien sind nach Ansicht von bvse-Präsidiumsmitglied Henry Forster gefragt, um den Altpapier-Kreislauf erfolgreich auf Kurs zu halten.

Die mittelständisch geprägte private Entsorgungswirtschaft habe den Altpapiermarkt über Jahrzehnte hinweg aufgebaut und erfolgreich in einen wachsenden globalen Warenverkehr integriert. Entscheidende Stellschrauben wurden seitdem verändert und können die Windrichtung des Marktes vehement drehen. Sammel- und Recyclingquoten stagnieren oder sind rückläufig. Input-Qualitäten verschlechtern sich.

Bedrohung des Mittelstands

„War der Altpapiersammler in der Vergangenheit noch Besitzer und Händler des Altpapiers und nahm entscheidend Einfluss auf die Qualität der Sammlung, wird heute der Versuch unternommen, seine Funktion über Ausschreibungen mehr und mehr auf die des Logistikers zu reduzieren", erklärte Forster. Nach seiner Beobachtung bedrohen große Entsorger den Mittelstand. Die Papierindustrie, mit der über Jahre vertrauensvolle Geschäftsbeziehungen aufgebaut wurden, wende sich in Teilen immer mehr direkt an Kommunen. Diese bestimmten hoheitlich über ihre Sammelsysteme in einem inhomogenen Markt und nähmen durch ihre Gebührengestaltung durchaus Einfluss darauf, ob hochwertige Fasern im Recyclingkreislauf landen oder in der Hausmülltonne verloren gehen. Zudem optimierten Inverkehrbringer von Verpackungen ihre vertikalen Prozessketten.

Gestützt durch eine Anti-Kunststoff-Symbolpolitik schlichen sich zudem vermehrt neue, schlecht recycelbare Materialien und Verbunde in die Altpapier-Sammelsysteme. Kunststoffbashing führe dazu, dass die Verpackungsindustrie mittlerweile auch hier in faserbasierte Verpackungen drängt, wo es wenig sinnvoll ist und später das Recycling behindert. Auch gehe der Glaube an die Produktverantwortung der Hersteller immer mehr verloren. Diese würde zunehmend und ungerechtfertigt an den Entsorger und an einen Teilnehmer der Prozesskette delegiert, der sich am wenigsten damit auskennt, nämlich den Verbraucher, kritisierte das Präsidiumsmitglied. Der Konsument sei jedoch angesichts der Verpackungs- und Materialvielfalt mit der korrekten Trennung schlichtweg überfordert.

„Unsere Unternehmen müssen sich dieser Gegenwart stellen und zum Architekten ihrer Zukunft werden, nicht zu ihrem Opfer", forderte Forster, der die Altpapierbranche als ein extrem volatiles Geschäft charakterisierte. Diejenigen, die die Partnerschaft mit dem erfahrenen Mittelstand pflegen, seien besser für Stürme gewappnet. Corona habe wieder gezeigt, dass ohne die Leistungskraft und Schnelligkeit der mittelständischen Altpapierunternehmen der Altpapier-Kreislauf schweren Schaden genommen hätte. **DK**

DAVID-Preisträger 2021:

Ideen- und Inspirationsquelle

Zwei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe sind vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband ausgezeichnet worden. Dieser Preis ist kleineren Stiftungsprojekten gewidmet, die trotz eines Budgets von unter 25.000 Euro in ihrer Region eine große Wirkung entfalten. Die Gewinnerprojekte des David weisen eine besondere Vorbildfunktion auf und können anderen Sparkassenstiftungen als Ideen- und Inspirationsquelle dienen.

Als Projekt, das im Projektverlauf an die Coronapandemie angepasst wurde, ist das Förderprojekt „Wissensdurst – ein mobiles Informations- und Beratungscafé von und für SeniorInnen" der Stiftergemeinschaft der Sparkasse Vest Recklinghausen gewürdigt worden.

Der Zugang zu Bildungsangeboten wird älteren Menschen häufig durch unzureichende (digitale) Mobilität erschwert. Die Coronapandemie und die Veränderungen und Einschränkungen verstärken dies zusätzlich. Dem wirken die mobilen Wissensdurstcafés entgegen, die von der Diakonie Recklinghausen und der Stiftergemeinschaft entwickelt wurden. Hier werden barrierefreie Begegnungsräume gestellt und Informationen und (digitale) Kompetenzen vermittelt, die zu einem selbst bestimmten Leben im Alter beitragen und Einsamkeit (digital) entgegentreten.

Förderprojekt „Wissensdurst"

In zwölf barrierefreien Wissensdurstcafés wird lebenspraktisches, relevantes Wissen von Senioren für Senioren vermittelt. An vier Standorten widmeten sich über sechs Monate Experten, die selbst bereits im Ruhestand sind, sechs aktuellen Themen, etwa „Wie finde ich durch den Pflege-Dschungel?", „Whatsapp & Co. – wie bleibe ich in Kontakt?" oder „Onlinebanking & Shopping – einfach sicher für alle!". Über eine große Zahl weiterer Kooperationspartner konnte ein Netzwerk implementiert und ausgestaltet werden.

Die Wissensvermittlung analoger und digitaler Themen von und für Senioren trifft die Lebenswirklichkeit älterer Menschen und stärkt die Partizipation – insbesondere auch in Zeiten von Corona. Dabei wurden Barrieren abgebaut und ein chancen- und bedarfsgerechtes Angebot vor Ort etabliert.

Mit dem Projekt „Tonie-Boxen für die Kitas" wurde die Stiftung „Für unsere Jugend" der Kreissparkasse Mayen als Projekt, das aufgrund der Coronapandemie entwickelt wurde, ausgezeichnet. Mit dieser so kreativen wie pragmatischen Lösung zur Durchführung lieb gewonnener Gewohnheiten in Coronazeiten sorgte die Stiftung für große Freude in den Kitas ihrer Region. Jedes Jahr zum bundesweiten Vorlesetag besuchen die Auszubildenden der Kreissparkasse Mayen Kindertagesstätten, um den Kindern vorzulesen und Bücher zu verschenken.

Aufgrund der Coronapandemie war dieses lieb gewonnene Ritual 2020 nicht möglich. Um den Kindern dennoch ein Highlight zu bieten, hat die Stiftung an 37 Kitas Tonie-Boxen geschenkt. Die Creativ-Tonies (das sind die elektronischen Speicherkarten für die Box) wurden von der Stiftung mit einer Geschichte besprochen. Dazu erhielt jede Kita ein Vorlesebuch und jedes Kind ein Bambini-Büchlein zum Thema „Europa und die Welt". Die Kitas können das Material flexibel und vielfältig für viele schöne Kindergarten-Momente einsetzen.

Tonie-Boxen für die Kitas

Die Stiftung hat die Idee entwickelt, die Tonie-Boxen gekauft, individuell vertont und an die Kitas verteilt. Da die Komponenten der Tonie-Boxen austauschbar, erweiterbar und neu besprechbar sind, sind sie auch nachhaltig. Um die Aktion zu erweitern, haben die regionalen Stadtbüchereien jeweils eine Spende für die kostenlose Ausleihe weiterer Tonie-Boxen an die Kitas erhalten. 2021 werden weitere Kitas mit dem Gerät ausgestattet.

„Unsere Stiftungen sind zuverlässige Förderer gemeinnütziger Initiativen", betonte Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Dies gelte besonders in herausfordernden Zeiten. Gerade jetzt sei es wichtig, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stabilisieren und die Gemeinschaft zu stärken. Die Engagements sollten dabei helfen, dass in allen Regionen Deutschlands das soziale und kulturelle Leben nach der Pandemie wieder weitergehen könne, unterstrich der DSGV-Präsident. **DK**

Mantelverordnung:

Bewährte Regelung in Bayern

In Bayern existiert bereits ein Regelwerk, das die Interessen des Umweltschutzes und der Baupraxis sinnvoll ausgleicht. Daher hat sich der Freistaat stets für eine Länderöffnungsklausel in der von der Mantelverordnung mitumfassten Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung eingesetzt. Mit dem Beschluss im Bundesrat ist klar: Bayern kann seine Regelungen beibehalten.

Ohne die Länderöffnungsklausel hätte in Bayern die bewährte Praxis, bestimmte mineralische Stoffe unter strengen Voraussetzungen im Weg der Verfüllung von ausgebeuteten Gruben, Brüchen und Tagebauen zu verwerten, eingestellt werden müssen. Diese Gruben entstehen in der Regel durch den Abbau von Baustoffen, wie zum Beispiel Sand oder Kies, die sonst nicht geschlossen werden könnten und als Wunde in der Landschaft verbleiben müssten. **DK**

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Batterieentsorgung und Deponieprojekte

Gemeinsam mit den Kooperationspartnern AU Consult, Bayerisches Landesamt für Umwelt und bifa Umweltinstitut veranstaltete das Kumas Umweltnetzwerk die 22. Bayerischen Abfall- und Deponietage. Die Fachtagung wurde live aus dem Kongress am Park in Augsburg gesendet. Rund 300 Teilnehmer hatten sich zugeschaltet. Auf der Agenda standen u.a. die aktuellen Entwicklungen in der Kreislaufwirtschaft und Mantelverordnung, die Batterieentsorgung, aktuelle Entwicklungen im Deponierecht und die Deponiesituation in Bayern sowie die bauliche Umsetzung von Deponieprojekten.

Dirk Hensel-Schikora vom Bayerischen Umweltministerium und Harald Pfaller (Bayerisches Landesamt für Umwelt) informierten darüber, dass Deponien im Sinne der Industrieemissions-Richtlinie (IE-RL) in bestimmten Abständen in Kooperation mit anderen zuständigen Behörden gemeinsam vor Ort zu besichtigen („integrierte und koordinierte Anlagenüberwachung") sind. Dabei soll der Abstand zwischen zwei Vor-Ort-Besichtigungen bei DK-III-Deponien für Sonderabfälle, die oberirdisch abgelagert werden können, ein Jahr, bei DK-II-Deponien (z.B. für Bauabfälle, Straßenaufbruch und Aschen) zwei Jahre und bei DK-I-Deponien (z.B. Bodenaushub, Bauabfälle, KMF und Asbest) drei Jahre nicht überschreiten.

Technische Überwachung

In die Zuständigkeit des LfU als Überwachungsbehörde fallen aktuell 78 IE-Deponien und zwei IE-Anlagen, die sich auf Deponiestandorten befinden (ein Zwischenlager für gefährliche Abfälle und ein Sickerwassertanklager). 2020 fanden 24 Vor-Ort-Besichtigungen („IE"-Überwachungen) statt, in 2021 stehen 59 Überwachungen an. Daneben befinden sich 81 DK-I- und -II-Deponien in der Nachsorgephase sowie rund 300 Altdeponien (in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase) in der Obhut des LfU. Bei diesen Deponien übt das LfU die technische Überwachung in der Regel anlassbezogen aus. Zudem werden bisher über 30 geplante und laufende Baumaßnahmen deponiefachlich begleitet. Für etwa zehn weitere Baumaßnahmen stehen derzeit abfallrechtliche Abnahmen an, für die das LfU als deponietechnische Bauüberwachungsbehörde die zulassungskonforme Umsetzung der einschlägigen Anforderungen prüft.

Wie viele andere Stadt- und Landkreise in Deutschland auch, verfügt der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im Südwesten Baden-Württembergs derzeit nicht über eine eigene Bauschuttdeponie der Deponieklasse I nach Deponieverordnung. Die Vorgängerdeponie, die über 20 Jahre in Betrieb war, ist zwischenzeitlich endgültig verfüllt und seit 2018 nicht mehr im Annahmebetrieb. Parallel hierzu hat der Landkreis über Kooperationen mit Nachbarlandkreisen die Mitnutzung von deren DK II Deponien vereinbart. Aufgrund der knapper werdenden Deponiekapazitäten gestalten sich solche Kooperationen allerdings immer schwieriger.

Daher befasst sich die Abfallwirtschaft des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald (ALB) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit 2016 mit der Standortsuche und Planung einer neuen Bauschuttdeponie der Deponieklasse I. Ein solcher Standort wurde zwischenzeitlich gefunden und die Planungsleistungen für die Bauschuttdeponie „Weinstetten" bis zur Einreichung der Genehmigungsplanung sind abgeschlossen. Über den Verlauf der bisherigen Planungen berichteten Sven Kunz (Abfallwirtschaft Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg) und Stefan Schatz (AU Consult GmbH, Augsburg).

Trotz Bedarf an Deponieraum ist es bei der Erweiterung bestehender oder der Errichtung neuer Deponien nicht ungewöhnlich, wenn Anwohner, Bürgerinitiativen oder Umweltverbände schon im Vorfeld gegen das Vorhaben Stimmung machen, betonte Dr. Jessica Goller vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Dem stehe die Notwendigkeit neuer oder bestehender Deponien entgegen, um eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu gewährleisten und nicht vermeid- bzw. verwertbare Abfälle aus dem Stoffkreislauf auszuschleusen.

Goller zufolge geht man davon aus, dass die Nicht-Akzeptanz von Deponien auch auf Missverständnissen oder Fehlinformationen basiert. Um einen besseren Zugang zur bayerischen Bevölkerung zu erhalten, führte die puls Marktforschung GmbH im Jahr 2020 eine repräsentative Befragung zum Thema „Abfallentsorgung" durch. Das Ergebnis: Beim Thema Abfallentsorgung und Deponien ist eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen, eher geringen Informationsstand und der subjektiven Relevanz festzustellen.

Die Vertrautheit mit dem Thema „Abfallentsorgung" wird eher als gering eingeschätzt. „Top-of-mind" beim Thema Abfallentsorgung ist die Verbrennung. Nur 14 % nennen ungestützt die Deponie als mögliche Abfallentsorgungsanlage. Für die Hälfte der Bevölkerung ist sie lediglich eine Anhäufung von (Rest-)Müll. Nur 6 % wissen, dass auf bayerischen Deponien von den genannten Abfällen nur Abbruchabfälle/Bauschutt und Erdaushub entsorgt wird. Jeder Fünfte glaubt an die Möglichkeit von Recycling als Alternative zur Lagerung von Abfällen auf Deponien. Vier von zehn Befragten sehen sich nicht in der Lage, sich zum Beitrag zum Umweltschutz durch Deponien zu äußern.

Informationsdefizite beim Thema Abfallentsorgung

Die hohe Relevanz und ein großes Interesse an dem Thema zeigen sich laut Goller u. a. darin, dass für rund acht von zehn Personen das Thema „Abfallentsorgung" (sehr) wichtig ist. Zudem würde immerhin ein Drittel gerne mehr über die Deponien vor Ort erfahren. Des Weiteren ist festzustellen, dass diese Informationsdefizite insgesamt zu einem eher schlechten Image von Deponien führen. Der Beitrag zum Umweltschutz durch Deponien wird ambivalent beurteilt. Negative Einschätzungen sind überwiegend in Informationsdefiziten über die Abfälle und scheinbar alternativen Möglichkeiten ihrer Entsorgung (Verbrennung, Trennung, Wiederverwertung) begründet.

Trotz überwiegender Zustimmung bezüglich der Wichtigkeit und Notwendigkeit von Deponien (vor allem deutlich bei Älteren und Hauseigentümern) will die Mehrheit keine Deponie in der Nähe des eigenen Wohnsitzes. Auch für eine stillgelegte Deponie wird eher eine nicht persönliche Nutzung (Photovoltaik- oder Windkraftanlage) als eine eigene Nutzung (Park, Naherholungsgebiet oder Sportanlage) bevorzugt.

45 % gehen davon aus, dass Schadstoffe sich auf BürgerInnen auswirken, die in der Nähe einer Deponie leben. Mehr als ein Drittel erwartet, dass eine Deponie stinkt. Zudem ist hier eine weitere Wahrnehmungsdiskrepanz zu sehen: Die Hälfte glaubt, dass Deponien in der Gesellschaft ein schlechtes Image haben, aber nur ein Drittel sieht das auch tatsächlich persönlich so. Der Zusammenhang zwischen der persönlichen Bekanntheit eines Deponiestandorts und dem Image von Deponien bestätigt sich umgekehrt ebenfalls. So verfügen Personen, die einen Standort kennen, nicht nur über deutlich mehr und korrekte Kenntnisse über Abfallentsorgung und Deponien, sondern haben auch insgesamt ein positiveres Bild von Deponien, bewerten das Image besser und sind vorurteilsfreier. Die Informationsdefizite haben demnach ein negatives Image von Deponien zur Folge bzw. führt eine Bekanntheit von Deponien zum Abbau der Vorurteile und zu einer Besserung des Images.

Stichwort Novelliertes Batteriegesetz: Bevor Batterien erstmals in Verkehr gebracht werden, müssen Hersteller ab dem 1. Januar 2021 nicht mehr wie bisher ihre Marktteilnahme beim Umweltbundesamt anzeigen, sondern sich von der Stiftung ear registrieren lassen. Ähnlich wie bereits im Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) gehandhabt, wird das UBA dann auch Aufgaben und Befugnisse aus dem Batteriegesetz an die Stiftung ear übertragen.

Novelliertes Batteriegesetz

Für die Rücknahmesysteme für Gerätebatterien gilt: Zukünftig wird es am Markt nur noch herstellereigene Rücknahmesysteme mit einheitlichen Vorgaben für Gerätebatterien geben. Der Gesetzgeber will damit faire Wettbewerbsbedingungen für alle Rücknahmesysteme sichern. Das bisherige Institut eines sogenannten Gemeinsamen Rücknahmesystems wird in diesem Zuge abgeschafft. Die Mindestsammelquote, die von den Rücknahmesystemen jeweils im eigenen System jährlich erreicht und dauerhaft sichergestellt werden muss, erhöht sich von bisher 45 % auf 50 %.

Aus Sicht von Georgios Chryssos, Stiftung GRS Batterien, Hamburg, besteht klarer Handlungsbedarf. Regelungsdefizite für Geräte- und Industriebatterien sowie die abfallrechtliche Einstufung von Li-Batterien mit ‚batterie-unspezifischem' Abfallschlüssel beförderten die unsachgemäße, gefährliche und umweltschädliche Entsorgung aller Lithium-Altbatterien.

Es gelte, das Batteriegesetz schnellstmöglich zu überarbeiten, eine Korrektur der Regelungsdefizite für Geräte- und Industriebatterien vorzunehmen, die Umsetzungsvorschläge der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft zu berücksichtigen und schließlich bestehendes Expertenwissen in die Gesetzgebung und in den Vollzug einzubinden.

Chryssos: „Das novellierte Batteriegesetz befördert einen Wettbewerb der geringstmöglichen Erreichung von Umweltzielen." Die systematischen Fehlstellungen des Batteriegesetzes wirkten sich kontraproduktiv auf einen fairen Marktwettbewerb sowie negativ auf Ressourcenschonung und die gewünschte Verbesserung der Kreislaufwirtschaft aus. **DK**

V.l.: Adrian Kunz, Vincent Katzenberger, Julius Haider, Fabian Plendl, Anja Knieper (Leiterin der Umweltstation). Bild: Valentin Pfingstl

Gegen wilden Müll am Main

Aufklärungskampagne der Würzburger Umweltstation startet

Die Umweltstation der Stadt Würzburg führt zum zweiten Mal die im letzten Jahr erfolgreich gelaufene Anti-Littering-Kampagne durch. Julius Haider, Vincent Katzenberger, Adrian Kunz und Fabian Plendl, Studierende der Würzburger Universität, werden nach einer ausführlichen Einweisung durch das Team der Umweltstation regelmäßig über die Mainwiesen laufen und dort über die Problematik der wilden Müllentsorgung aufklären, Infomaterial und gratis Abfalltüten verteilen und Taschenaschenbecher an Raucher verschenken.

Gerade diese sehr nützlichen Giveaways kamen schon letztes Jahr extrem gut bei den Rauchern an", so Julius Haider, der sich so wie die anderen Studenten auf die Aktion am Main freut. „Endlich können wir wieder etwas gegen die Vermüllung der Mainwiesen beitragen", fügt Fabian Plendl hinzu.

Grafisches Erkennungsmerkmal der Kampagne ist ein Smiley mit zum Mitmachen auffordernden Sprüchen, der u.a. auch auf den Aufklebern auf allen Mülltonnen und den T-Shirts der Studenten zu sehen ist. Kernanliegen der Kampagne ist es, die Besucher der Mainwiesen zu motivieren, ihr Müllentsorgungs-Verhalten zu hinterfragen und ihren Abfall in die Tonnen zu entsorgen.

30 Prozent mehr Tonnenvolumen

Das Gartenamt und die Stadtreiniger haben extra für die wärmere Jahreszeit 30 Prozent mehr Tonnenvolumen aufgestellt. Der Wunsch, deutlich mehr Tonnen anzubieten, war eines der Ergebnisse der Umfrage zur Müllproblematik an Hotspots von Würzburg. Diese Tonnen werden auffällig mit dem Kampagnenlogo und witzigen Texten beklebt, so dass sie schon von weitem erkennbar sind.

Zudem wurden Mülltonnen mit zum Thema passenden Graffitis durch die beiden Graffitikünstler Andreas Pistner und Christoph Ulherr besprayt, die an besonderen Hotspots am Main ihren Platz finden werden. Zigarettenstummel- und Kronkorkensammler kommen in den nächsten Wochen hinzu. Die Kronkorken werden von Schülern der Hans-Schöbel-Schule in einem Upcyclingprojekt weiter verarbeitet. Ab einer bestimmten Menge an gesammelten Kippen finanziert ein Sponsor Baumpflanzungen.

Parallel hat die Umweltstation die Aktion „Einmal ohne, bitte" in Würzburg ins Leben gerufen, die dazu beiträgt, dass weniger Einmalgeschirr und -verpackungen verwendet werden und Geschäfte sichtbar macht, in denen Kunden Ware unverpackt kaufen und in eigenen Mehrweggefäße füllen lassen können. ❐

Netzwerke für Ressourceneffizienz und Klimaschutz:

BMU-Förderung in Niederbayern und der Oberpfalz

Das Bundesumweltministerium (BMU) fördert im Freistaat Netzwerke für Ressourceneffizienz und Klimaschutz. Das Klimaschutz-Netzwerk für die Mitgliedskommunen der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE GmbH) erhält vom BMU über seine Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) rund 328.000 Euro. Außerdem unterstützt das Ministerium den Aufbau eines Ressourceneffizienz-Netzwerks für den Landkreis Deggendorf mit rund 590.000 Euro.

Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im BMU, überreichte Förderschecks über rund 918.000 Euro an das Institut für Energietechnik IfE GmbH an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, das die Projekte koordiniert. Insgesamt unterstützt das BMU das IfE bei 11 Projekten mit rund 5,5 Millionen Euro.

Ziel des Klimaschutz-Netzwerkes der AOVE GmbH ist die Entwicklung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den neun oberpfälzischen Kommunen Edelsfeld, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Schnaittenbach, Poppenricht und Vilseck des Landkreises Amberg-Sulzbach. Das Netzwerk plant den klimafreundlichen Ausbau erneuerbarer Energien, eine klimafreundliche Bauleitplanung (z.B. Einsatz ökologischer Baustoffe), Maßnahmen wie sommerlichen Wärmeschutz und die Begrünung von Dachflächen, die Entwicklung von CO2-Kompensationsmaßnahmen vor Ort, Informationen zu Klimaschutzbeteiligungen und Kooperationen, zur regionalen Wertschöpfung sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung.

Hierfür werden jährlich vier professionell moderierte Netzwerktreffen mit einem breiten Erfahrungsaustausch stattfinden, bei denen fachspezifische Themen mit den relevanten Ansprechpartnern in den Kommunen erörtert werden. Zudem werden in den Kommunen konkrete Projekte auf deren technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit hin geprüft.

Ein weiteres Förderprojekt, das Ressourceneffizienz-Netzwerk, soll den schonenden und gleichzeitig effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen in den 23 teilnehmenden Kommunen des Landkreises Deggendorf stärken. Hierdurch wird der Ressourceneinsatz gesenkt und die daraus entstehenden Umweltbelastungen deutlich verringert. Themen wie der effizienten Klärschlammverwertung im Verbund, der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz auf Kläranlagen (zum Beispiel Phosphorrückgewinnung) und dem ressourcenschonenden Umgang mit Energie (zum Beispiel Abwärmenutzung) kommt eine entscheidende Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der Netzwerkziele zu.

Um die Wirksamkeit der entwickelten Maßnahmen überprüfen zu können, werden im Rahmen des Netzwerks Effizienzziele mit allen teilnehmenden Kommunen definiert und auf Basis eines transparenten Monitoringsystems kontinuierlich überprüft. Auch für das Ressourceneffizienz-Netzwerk im Landkreis Deggendorf werden jährlich vier moderierte Netzwerktreffen zum Erfahrungsaustausch stattfinden. **DK**

VBS zum Tag der Verpackung

Zum Tag der Verpackung wies die mittelständisch geprägte private bayerischen Entsorgungswirtschaft auf noch ungehobene Potenziale beim Verpackungsrecycling hin. Die Rahmenbedingungen sollten so gesetzt werden, dass man zusätzliche Rezyklate gewinnt und damit auch das Klima schützt.

Ende der 1980er Jahre, zu einer Zeit, als ein Großteil des Abfalls auf Deponien landete, wuchsen die Müllberge sprichwörtlich in den Himmel. 1991 schließlich wurde die erste deutsche Verpackungsverordnung erlassen. Im Vorfeld wurde im September 1990 in Bonn das Unternehmen „Der Grüne Punkt" gegründet. Heute ist es selbstverständlich geworden, dass die über den gelben Sack oder die gelbe Tonne gesammelten Verpackungen sortiert und zu einem wesentlichen Teil recycelt werden.

Mit einem Anheben der gesetzlichen Recyclingquoten allein sind noch keine Fortschritte in Richtung Kreislaufwirtschaft sichergestellt. Probleme bereiten den Sortieranlagenbetreibern vor allem Mehrschichtfolien und Verbundverpackungen aus fest miteinander verklebten Komponenten, die sich in der Regel nicht recyceln lassen. Für dieses Problem bietet sich aus Sicht des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) ein marktwirtschaftlicher Lösungsansatz an: Höhere Lizenzkosten für nicht recyclingfähige Verpackungen; dies würde zu einem Umdenken bei den Inverkehrbringern führen.

Positiv bewertet der VBS die von der EU beschlossene Mindesteinsatzquote von 25 % recyceltem Kunststoff in PET-Flaschen ab 2025 und von 30 % in allen Kunststoffflaschen ab 2030. Wichtig sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Materialstroms: So sollte die Recyclingfähigkeit aller Verpackungen nachweislich sichergestellt werden und gesetzlich geforderte Recyclingziele sich an dem zur Verfügung stehenden Potenzial bemessen und nicht an den insgesamt eingesammelten, zunehmend mit Restmüll durchsetzten Gemischen.

„Echte Kreislaufwirtschaft gelingt nur, wenn sich ein qualitätsorientierter Rezyklatmarkt entwickelt. Neben besserer Abfalltrennung bereits im Haushalt, Investitionen in moderne Sortiertechnik und Einführung von Mindesteinsatzquoten bedeutet dies vor allem eine deutliche Weiterentwicklung des Designs for Recycling. Es sollten nur wirklich recyclingfähige Verpackungen in Verkehr gebracht werden und keine Verbundverpackungen, die niemand mehr trennen oder stofflich verwerten kann. Mogelverpackungen wie Faserverbundstoffe, die in vermeintlich ökologischer Papierhaptik und -optik daherkommen und sich als Plastik-Papiergemische entpuppen, sollten der Vergangenheit angehören", so VBS-Vizepräsident Stefan Böhme. ❐

„Die Krise zeigt, wie wichtig Vernetzung ist.“

Auf Initiative von Wirtschaftskammerpräsident Hans-Peter Metzler fand ein Treffen der Allgäuer Landräte Maria-Rita Zinnecker (Ostallgäu), Indra Baier-Müller (Oberallgäu), Elmar Stegmann (Lindau) und dem Vorarlberger Wirtschaftslandesrat Marco Tittler sowie dem Bürgermeister Andi Haid (Kleinwalsertal) statt.

Die Vertreter repräsentieren den Lebensraum, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger aus Vorarlberg und dem Allgäu bewegen – ganz unabhängig von Grenzen. Treffpunkt war das Kleinwalsertal, das Symbol für dieses Bewegen ohne Blick auf Grenzen ist.

Kurze Wege in der Krise

Bürgermeister Andi Haid erinnerte an die Bedeutung der kurzen Wege in der Krise. „Eben diese kurzen Wege gilt es herzustellen. Das geht nur, wenn man sich kennt“, erklärt Hans-Peter Metzler und ergänzt: „Der Lebens- und Wirtschaftsraum zeigt, welche Kraft er hat – und diese entsteht nur durch Zusammenarbeit.“ Wie sehr die Pandemie den gemeinsamen Lebensraum beeinträchtigte, zeigte sich an den geschlossenen Grenzen in der Krise. „Bisher waren grenzüberschreitenden Projekte selbstverständlich. Das muss wieder so werden. Private dürfen nicht darunter leiden“, bringt es Rita Maria Zinnecker, Aufsichtsratsvorsitzende der Allgäu GmbH, auf den Punkt. „Auch die neue Euregio Förderperiode ist hier eine Chance für die Zukunft, die man nutzen muss“, konkretisiert Indra Baier-Müller, die auch Präsidentin der Euregio-via-salina ist.

V.l.: Wirtschaftslandesrat Marco Tittler, Bürgermeister Andi Haid (Kleinwalsertal), Landrätin Oberallgäu Indra Baier-Müller, Landrätin Ostallgäu und Aufsichtsratsvorsitzende der Allgäu GmbH Maria Rita Zinnecker, Landrat Lindau Elmar Stegmann, Wirtschaftskammerpräsident Hans Peter Metzler. Bild: WKV

Die beiden Geschäftsführer der Allgäu GmbH, Klaus Fischer und Bernhard Joachim ergänzten das Treffen und verwiesen auf bereits bestehende grenzüberschreitende Projekte als auch zukünftig geplante. Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es viele: Sie reichen von Mobilität über Kultur, Wirtschaft, Bildung bis zur Ökologie. „Dabei spielt Qualität die wesentliche Rolle, auf die man setzen muss“, beschreibt Elmar Stegmann die Richtung.

Wirtschaftslandesrat Marco Tittler stellte einen globalen Bezug her: „Diese Themen kennen keine Grenzen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Probleme und Herausforderungen werden regionale Antworten immer wichtiger. Gerade in herausfordernden Zeiten sind der Austausch und Kontakt mit den Nachbarn in der Region also besonders wichtig. Ich danke deshalb Präsident Metzler für die Initiative zum Treffen, bei dem wir wertvolle Erkenntnisse austauschen und für die Region relevante Themen diskutierten konnten.“

Hans Peter Metzler zeigte sich erfreut über die gemeinsamen Ziele, welche im Treffen andiskutiert wurden. „Ich freue mich, den Grundstein einer noch intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gelegt zu haben. Den Menschen geht es wie der Wirtschaft – die Region ist nicht teilbar. Gerne werde ich hier zu einem weiteren Treffen einladen“, blickt Hans Peter Metzler in die Zukunft. ❐

Landkreis Aschaffenburg:

Weitere Schritte zur Klimaneutralität

„Alle Vorhaben sind ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung eines klimaneutralen Landkreises“, erläutert Landrat Dr. Alexander Legler die beschlossenen Maßnahmen.

Die Landkreisverwaltung wurde beauftragt, das integrierte Energie- und Klimakonzept zu aktualisieren und eine Treibhausgas-Bilanzierung zu erstellen. Weiterhin soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden zur endgültigen Oberflächenabdichtung und Folgenutzung der Mülldeponieabschnitte 2 und 3 in Stockstadt am Main - möglicherweise als Kreisrecyclinghof.

Ein Förderantrag zur Teilnahme am Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem European Energy Award (eea) soll vom Klimaschutzmanagement gestellt werden. Zweck ist es, durch den effizienten Umgang mit Energie und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zu einer zukunftsträchtigen Entwicklung unserer Gesellschaft beizutragen. ❐

Die Zukunft in der Gegenwart gestalten

Niederbayern-Forum definiert neue Themen und Projekte ab 2022

Niederbayern hat so einiges zu bieten: Hier trifft Innovation auf Tradition, Großkonzerne treffen auf kleine und mittlere Unternehmen, Stadt trifft auf Land und Agilität trifft auf Ruhe und Gelassenheit. Die Vermarktung dieser regionalen Vorzüge hat sich die Initiative Niederbayern-Forum zur Aufgabe gemacht, wobei knapp 200 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft im Schulterschluss das Regionalmarketing für Niederbayern gestalten.

Wie es im Regionalmarketing für Niederbayern weitergeht und welche Themen die nächsten drei Jahre besonders präsent sein werden, erarbeiteten die Mitglieder des Vorstands und Beirats im Rahmen eines Strategie-Workshops, der von dem Experten für Regionalentwicklung, Prof. Dr. Markus Lemberger angeleitet wurde. Bevor es für die Teilnehmer an die Arbeit ging, hielt der Experte für regionale Entwicklungsprozesse einen kurzen Impulsvortrag indem er aktuelle Themen und Trends für die Region Niederbayern betrachtete. Neben den Themen Innovation, Digitalisierung sowie Regionalisierung sei auch New Work ein großes Zukunftsfeld. Die Pandemie habe gezeigt, das andere Formen des Arbeitens möglich sind und sehr gut funktionieren können, so der Professor. Dies sei für Niederbayern eine Chance. „Mit New Work kann man einerseits Fachkräfte für die Region gewinnen und andererseits, ehemaligen Niederbayern eine Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen“, stellte Prof. Dr. Lemberger fest.

Workshop zum Regionalmarketing mit v.l. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, 1. Vorsitzender des Niederbayern-Forum e.V., Prof. Dr. Markus Lemberger, Experte für Regionalentwicklung, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, stv. Vorsitzender NBF und Christina Tanosova, Geschäftsführerin NBF. Bild: Niederbayernforum e.V.

Fachkräftemangel ist bleibendes Thema

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden neuen Themen und Projekte im Regionalmarketing für Niederbayern ab 2022 definiert. Das vielseitige Gremium, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft, mit den Unternehmern Karl Laußer, Berndt Fritzsche und Rudolf Fellner, Regierungspräsident Rainer Haselbeck und Peter Schmid, Bereichsleiter an der Regierung von Niederbayern sowie Prof. Dr. Marcus Jautze, Vizepräsident der Hochschule Landshut diskutierte rege und identifizierte den bestehenden Fachkräftemangel als bleibendes Thema im Regionalmarketing. Für die Kammern nahmen Alexander Schreiner, Geschäftsführer der IHK Niederbayern und Richard Hettmann, Vizepräsident der HWK Niederbayern-Oberpfalz teil. Kaspar Sammer und Wolfgang Scheinert gaben zudem interessante Impulse aus der Perspektive der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und des Tourismus.

Das Gremium beschloss, Niederbayern auch künftig als „attraktives Lebenspaket“ zu bewerben und diesen Begriff um einige Aspekte auszudehnen. Neben den Bereichen „Leben und Arbeiten“ wolle man im Regionalmarketing gerade die Stärken der Region betonen, die sich während der Corona-Pandemie als besonders wertvoll erwiesen haben. „Vor Coronazeiten hat man für das Leben und Arbeiten in Ballungsgebieten auch sehr begrenzten Wohnraum in Kauf genommen.“ Die letzten Monate im Lockdown haben so manchen zum Nachdenken angeregt, Wohnraum mit ausreichend Platz und einem Garten seien gefragter denn je, merkte Regierungspräsident Rainer Haselbeck an. Das Leben auf dem Land habe an Popularität gewonnen. Im Regionalmarketing für Niederbayern wollte man deshalb darauf bauen und die Stärken der Region mit gutem Content zeitgemäß und zielgruppenspezifisch nach innen und außen kommunizieren, fasste Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich als Ergebnis des Strategie-Workshops zusammen. ❐

GZ ZU GAST BEI …

Christiane Meyer

Erste Bürgermeisterin der Stadt Ebermannstadt

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ebermannstadt mit rund 7.000 Einwohnern, Flächengemeinde: 50 km2.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 1. Mai 2014.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Bürgerschaftliches Engagement ist die wichtigste Stütze für eine lebendige Gemeinde. Das wurde mir schon früh durch den ehrenamtlichen Einsatz meiner Eltern bewusst. Deshalb habe ich mich für unsere Stadt und ihre Ortsteile eingesetzt. Ich war Mitinitiatorin eines Bürgerbegehrens, in der Vorstandschaft des Bund Naturschutzes und habe in Bürgerversammlungen Ideen zur Stadtentwicklung eingebracht. Dabei wurde mir eines deutlich: Ich möchte mich für ein offenes und positives Klima in der Stadt und im Stadtrat einsetzen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Im Jahr 2013 gründeten Bürgerinnen und Bürger eine überparteiliche Wählergruppierung, die Neue Liste Ebermannstadt (NLE). Wir waren alle Neulinge in der Kommunalpolitik. Viele hat es durchaus überrascht, dass wir bei der Kommunalwahl 2014 auf Anhieb 5 von 20 Stadträtinnen und Stadträten stellten und dass ich als erste Frau Bürgermeisterin von Ebermannstadt wurde. Ich hatte kaum Zeit, mich vorzubereiten. Enorm geholfen hat mir meine berufliche Erfahrung als Beamtin des gehobenen bautechnischen und umweltfachlichen Verwaltungsdienstes. Auch waren es Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen, die mir in der Anfangszeit halfen und mir immer wieder Mut zusprachen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich habe die Verantwortung für eine Stabilisierungsgemeinde übernommen. Die Pro-Kopfverschuldung lag bei rund 3.000 Euro. Die Konsequenzen waren weder dem Stadtrat noch den Bürgerinnen und Bürgern ganz bewusst. Mir kam die Rolle der „Überbringerin der schlechten Nachrichten“ zu. Unsere Handlungsfähigkeit zurückzuerobern war ein steiniger Weg. Bekannt wurde Ebermannstadt Anfang 2015 weit über die Landkreisgrenzen hinaus auf Grund der Notwendigkeit, die Ausbaubeitragssatzung mit einer Rückwirkung von 20 Jahren einzuführen. Wir erhoben Beiträge, da Ortsteile an die Kläranlage auf Grund auslaufender wasserrechtlicher Genehmigungen angeschlossen wurden. Es fehlten Krippenplätze für unsere junge Familien. Die größte Herausforderung in dieser Zeit war es, unsere Bürgerinnen und Bürger „mitzunehmen“. Zurückblickend bin ich froh, dass die Mehrheit letztlich doch Verständnis für all diese notwendigen Schritte hatte.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Als Ingenieurin des Fachbereiches Architektur und Denkmalpflegerin liegt mir besonders die Innenentwicklung am Herzen. Die Belebung unserer Innenstadt und unserer Ortskerne hat oberste Priorität. Wir verfolgen seit Jahren eine Gesamtstrategie. Bereits im Jahr 2015 erarbeiteten wir ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), das wir konsequent umsetzen. Gemeinsam mit unseren Nachbargemeinden gründeten wir im Jahr 2017 die interkommunale Gemeinschaft ILE Fränkische Schweiz AKTIV. Natürlich hält uns auch die Sanierung unserer Infrastruktur im Bereich der Straßen und des Abwassers in Atem. Betreuungsplätze fehlen. Mit unseren Stadtwerken wollen wir stetig den Anteil der regenerativen Energien im Stadtgebiet erhöhen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Folgen der Pandemie werden unser Handeln in den nächsten Jahren prägen, denn Krisen decken naturgemäß Defizite auf, legen den Finger in die Wunde. Themen wie die Digitalisierung der Schulen, die Bedeutung einer qualitätvollen Kinderbetreuung, die Erhaltung einer lebendigen Innenstadt, die Zukunft des Ehrenamtes verlieren nichts von ihrer Dringlichkeit. Die Wirtschaft wünscht sich ein „antikonjunkturelles Handeln der öffentlichen Auftraggeber“, also dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Kommunen durch ihre Aufträge für Kontinuität sorgen sollen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Das Bürgermeisteramt bringt viele von uns immer wieder an ihre Grenzen. Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass es auch bei schwierigen Auseinandersetzungen meist nicht um uns persönlich geht, sondern um die Amtsperson. Ich habe während meiner gesamten Amtszeit immer wieder Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen erhalten. Parteipolitik spielte dabei nie eine Rolle. Fragen Sie um Rat, nehmen Sie Hilfe an. Auch die Referenten des Städte- und Gemeindetages sind immer eine gute Adresse.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Als Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis Forchheim organisiere ich mit dem Vorstand den Austausch zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der 29 Gemeinden. Gemeinsam tragen wir unsere Belange und Sichtweisen gegenüber der Landespolitik vor. Das ist wichtiger denn je. In unserer interkommunalen Gemeinschaft ILE Fränkische Schweiz AKTIV wachsen wir zusammen. Die ständig steigenden Herausforderungen können wir in der Verwaltung nur im Team bewältigen. Ob Personalrat, Geschäftsstellenleiter, Abteilungsleiter, sie alle haben feste Zeiträume, in denen ich verbindlich für sie da bin. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind mir sehr wichtig. Bürgerversammlungen, Workshops, Bürgersprechstunden, Zentrenmanagement am Marktplatz, Facebook… es gibt viele Formate und Austauschplattformen, die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden. Dennoch steigen die Erwartungen stetig an. Das bereitet mir Sorgen. So gibt z.B. der immer wieder gewünschte „Mängelmelder“ nur dann Sinn, wenn ein Bauhof die Kapazität hat. Informationsfreiheit kann nur dann umfangreich angeboten werden, wenn Mitarbeiter geschult und für diesen Bereich freigestellt sind. Eine kleine Verwaltung wie wir stößt bereits jetzt an ihre Grenzen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Coronakrise hat die Defizite im Bereich der Digitalisierung aufgezeigt. Wir alle haben aber auch in kürzester Zeit viel dazugelernt. Diesen Schwung müssen wir jetzt mitnehmen.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe wird es sein zu entscheiden welche digitalen Lösungen die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich verbessern, denn hinter Schlagwörtern wie Smart City und Smart Region stecken verschiedenste Erwartungen und Vorstellungen. Für die Digitalisierung der Kommunen selbst bieten sich digitale Beteiligungsmöglichkeiten an, die vorhandene Strukturen ergänzen können.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Spontan würde ich mir wünschen, dass die Erinnerung an mich den Menschen ein Lächeln ins Gesicht zaubern wird. Ich befürchte allerdings, dass das Bürgermeisteramt vielleicht nicht unbedingt diesem Wunsch zuträglich ist. 🙂 ❐

Cleantech-Park in Hallstadt:

Vorbild für die industrielle Transformation

Bis zu 20 Millionen Förderung für Innovationsprojekte auf dem ehemaligen Michelin-Gelände

Die Pläne, auf dem Gelände des ehemaligen Michelin-Reifenwerks ein Cleantech-Park mit zukunftsfesten Arbeitsplätzen zu errichten, erreichen ein neues Stadium. „Ich sehe, dass alle Partner an einem Strang ziehen und konkrete Planungen anstoßen. Die Erfolgsaussichten sind vielversprechend und wir rechnen damit, die Projekte noch stärker fördern zu können", erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei einem Besuch in der Region. „Im Zuge der Hightech Agenda Bayern plus und anderen Fördertöpfen schnüren wir ein Gesamtpaket von bis zu 20 Millionen Euro, um den Clean-tech-Park gemeinsam mit allen Partnern anzuschieben. Ich rechne fest damit, dass weitere Finanzierungspartner gefunden werden. So kann hier vorbildhaft gezeigt werden, wie der industrielle Transformationsprozess gelingt", sagte der Staatsminister.

Landrat Johann Kalb freute sich sehr, „dass sich unser Stellvertretender Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, persönlich für dieses Projekt einsetzt. Wir erleben einen existentiellen Transformationsprozess in der Automobilindustrie. Der CleanTech-Innovation-Park ist dabei für unsere Region ein Schlüssel, diesen Prozess zukunftssicher gestalten zu können. Politik, Unternehmen und Wissenschaft arbeiten sehr intensiv und mit großem Gestaltungswillen an einem gemeinsamen Konzept. Wir sind bereit, erhebliche Investitionen zu tätigen. Ohne eine maßgebliche finanzielle Förderung durch den Freistaat Bayern können wir die Mammutaufgabe aber nicht bewältigen. Deshalb bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich für die Unterstützung."

Wie Christian Metzger, Michelin-Werkleiter, erklärte, musste das Unternehmen nach fast 50 Jahren die Produktion im Reifenwerk einstellen: „Ein einschneidendes Ereignis für unsere Mitarbeiter, aber auch für die Region."

Leuchtturmprojekt für den Transformationsprozess

„Also haben wir umgedacht – aus der Not wollen wir eine Tugend machen. Auf dem Gelände wollen wir jetzt gemeinsam mit Partnern eine Keimzelle für grüne Mobilität und Innovation entstehen lassen: einen Cleantech Innovation Park. Wir wollen so ein Leuchtturmprojekt für den Transformationsprozess der deutschen Autobranche sein und damit die Region stärken und neue Arbeitsplätze schaffen", fährt der Werkleiter fort.

Konkret soll die regionale Wirtschaft mit einem Gesamtprojekt mit bis zu 20 Millionen Euro gefördert werden. Bereits genehmigt sind der Technologietransfermanager von Bayern Innovativ, die Förderung des Energienutzungsplans für das KWK-Kraftwerk auf dem Michelin-Gelände sowie Verbundprojekte in der Region und die Sonderförderung Transformationsprozesse im Regionalmanagement.

Forschung und Wirtschaft: Hand in Hand

Hallstadt setzt auf die Nähe zur Universität Bamberg und den Innovationswillen der Industrie, um sich für die Zukunft aufzustellen. „Um Innovationen voranzubringen, wird es immer wichtiger, über den Rand des eigenen Unternehmens zu blicken. Hier vor Ort sollen deshalb Forschung und Wirtschaft Hand in Hand die Innovationen der Zukunft gestalten: Die Partner können hier Prototypen bauen und diese zur Marktreife entwickeln", erklärte Peter Keller, Michelin-Projektleiter.

Staatsministerin Melanie Huml betonte die Bedeutung für die Region: „Bei uns in der Region Bamberg sind viele Tausend Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Transformationsprozess der Automobilbranche betroffen. Vom kleinen Handwerksbetrieb bis hin zum „Global Player" – die gesamte Zulieferer-Branche muss sich neue Geschäftsfelder erschließen. Wenn wir den Transformationsprozess erfolgreich bewältigen wollen, dann ist eines ganz besonders wichtig: Wir müssen den Weg gemeinsam mit den Beschäftigten gehen. Deshalb nimmt das Schwerpunktfeld ‚lebenslanges Lernen' eine zentrale Rolle ein."

Dauerhafte Arbeitsplätze

Auch für Bürgermeister Thomas Söder stehen die Arbeitsplätze im Mittelpunkt: „Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium können wir mit unserem innovativen Konzept dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und signifikant Vorteile für alle Berufsgruppen – vom Handwerker bis zum Akademiker – bieten. Wir sind der Staatsregierung für ihre Unterstützung bei diesem wegweisenden Projekt dankbar. Nun geht es darum, die Deckungslücke in der Finanzierung zu schließen. Der Cleantech Innovation Park wird auf dem Gelände an der Michelinstraße als kleiner Campus erlebbar sein, auf dem auch eine nachhaltige Ökologie im Fokus steht. Eine parkähnliche Struktur wird zusammen mit einer durchdachten Begrünung die Aufenthaltsqualität für alle Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürger steigern." ❐

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger machte sich zusammen mit Staatsministerin Melanie Huml ein Bild von der Entwicklung auf dem ehemaligen Michelin-Gelände in Hallstadt. Bild: StMWI

GZ PINOS WELT

„Ah, ein Sommer der Leichtigkeit. Die Inzidenzen fallen, die Stimmung steigt." Der Bürgermeister genießt das mittlerweile ungewohnte freie Lebensgefühl mindestens ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Die Gastronomie ist zurück. Mit Pantomimen, Leierkastenmännern, Streichern nimmt die Straßenkultur wieder etwas Fahrt auf; die Leute treffen sich in den Biergärten zum gemeinsamen Fußballgucken. Das alles natürlich noch tastend und vorsichtig, wie man sich in einem schlecht beleuchteten Keller bewegt, wägend, welche Lockerungen man gestatten kann, welche Freiheiten man sich auch selbst gönnen will.

Die Geimpften belagern die Apotheken, um sich die Eintrittskarte für freies Reisen auf das Smartphone zu holen und die Preise für Selbsttests sind im freien Fall. Alles klar also?

Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Im Herbst wird es – ob mit Delta-Variante oder ohne – sicherlich wieder etwas ungemütlicher werden, weil Viren halt generell kältere Temperaturen bevorzugen. Wenn die Gesellschaft aber mit dem gleichen Verantwortungsbewusstsein im Herbst und Winter wieder kleinere Einschränkungen (Ausweitung der Maskenpflicht, Testpflichten, größere Abstände, weniger Veranstaltungen) akzeptiert, wie sie jetzt die Lockerungen annimmt, mache ich mir keine größeren Sorgen um die Menschen, denen ich gestatte mich zu versorgen und mit mir zu leben.

Im Grunde geht es doch um den ganz großen Test, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Zukunft besser funktioniert, als in der ersten Zeit der Pandemie. Kurz gesagt werden wir für voraussichtlich noch viele Monate uns immer wieder die Frage stellen müssen: „Kann man es verantworten?" Einerseits, kann man verantworten, dass sich mehr Menschen auf engerem Raum zu intensiveren Kontakten treffen? Andererseits kann man es verantworten, die Menschen in ihren natürlichen und grundgesetzlich verbrieften Rechten einzuschränken und zu welchem Zweck sollen diese Einschränkungen dienen? Das Ganze nennt man Rechtsstaatlichkeit und es ist eigentlich großartig zu sehen, wie den Deutschen diese Rechtsstaatlichkeit faktisch in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Bis auf einige Quernasen werden gut begründete Einschränkungen akzeptiert, aber verantwortungsvolle Lockerungen auch eingefordert.

Umso erschreckender war die Wortmeldung des Ministerpräsidenten eines größeren Landes, der – wenn ich es richtig verstanden habe – die Änderung des Grundgesetzes nicht ausgeschlossen hat, um eine Art prophylaktisches pandemisches Notstandsregime zu ermöglichen, das die Grundrechte auch unverhältnismäßig einschränken könnte. Die Forderung ist einerseits ironisch, weil die Generation der 68er, zu der sich dieser Ministerpräsident zweifellos zählt, die Initialzündung ihrer Bewegung damals aus dem Kampf gegen die Notstandsgesetze erhielt. Irritierend ist der Vorschlag, weil besagter Ministerpräsident als früherer K-Gruppler zwar offiziell dem Maoismus abgeschworen hat, jetzt aber Zwangsmaßnahmen à la China das Wort redet. Wenn man am demokratischen grünen Lack kratzt, kommt eine seltsame Grundierung zu Tage.

Ich erhoffe mir von den Menschen ein klares Nein zu solchen Vorstellungen. So schlimm die Verluste an Menschenleben während dieser Pandemie waren, so schwer die wirtschaftlichen Schäden, so gravierend die seelischen Spätfolgen von Lockdowns und Schulschließungen – nichts darf uns verführen, die Grundgedanken der Rechtsstaatlichkeit zu negieren und die Freiheitsrechte zu relativieren. In einer neuen Pandemie werden die Verantwortlichen sicher aus den Lehren der vergangenen Monate Schlüsse ziehen und besser, effektiver, schneller Maßnahmen treffen. Aber ein semitotalitäres Notstandsregime wird mehr Schaden an der Gesellschaft anrichten, als es ein Virus jemals könnte.

Der Bürgermeister jedenfalls griff in den Zitatenschatz, den Sabrina ihm in langen Jahren angelegt hatte. So sagte Benjamin Franklin: „Wer Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren."

Ihr Pino

Landkreis Neu-Ulm:

Weniger Treibhausgase durch Ernährung

Landkreis will mit Modellprojekt Vorreiter in Deutschland sein.

Rund ein Viertel der in Deutschland ausgestoßenen Treibhausgase werden durch unsere Ernährung verursacht. Der Landkreis Neu-Ulm will künftig verstärkt da ansetzen und auf den Verzehr von mehr regional erzeugten, saisonalen, pflanzlichen und damit klimafreundlicheren Nahrungsmitteln hinwirken.

Zu diesem Zweck beschloss der Kreistagsausschuss für Umwelt, Klima und Natur, dass sich der Landkreis um eine Förderung im Rahmen des Programms für innovative Klimaschutzprojekte der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) der Bundesregierung bewirbt. Damit verbunden ist die wissenschaftliche Begleitung durch das Forschungsinstitut für pflanzenbasierte Ernährung in Gießen (Hessen) unter der Leitung von Dr. Markus Keller.

Vorbildfunktion für Landkreise oder Regionen

„Wir wollen vor Ort für eine nachhaltige Ernährung sensibilisieren und motivieren. Unser gemeinsames Modellprojekt soll Vorbildfunktion für andere Landkreise oder Regionen haben", stellte Landrat Thorsten Freudenberger heraus.

Zusammen streben die Projektpartner an, den Zuschlag für die Förderung ihres Vorhabens für drei Jahre (2023 bis 2025) zu erhalten. Als Fördersumme werden ca. eine Mio. Euro beantragt. Die Kosten, die der Landkreis aus dem eigenen Etat bestreiten müsste, lägen bei etwa 150.000 Euro, was in etwa 50.000 Euro pro Jahr entspräche. Die Förderquote betrüge damit 80 Prozent der Gesamtkosten des Projekts.

Zielgruppen des praxisorientierten Anwendungsprojekts sollen sein: Privathaushalte, öffentliche Gemeinschaftsverpflegungen wie Mensen von Schulen und Kindertagesstätten, die Kantine des Landratsamtes und die Küche der Kliniken der Kreisspitalstiftung sowie auf der Erzeugerseite die heimische Landwirtschaft. Wissenschaftlich untersucht und begleitet werden somit Produktion, Verarbeitung und insbesondere das Konsumverhalten im Ernährungsbereich. Als Stichprobe des verbraucherorientierten Teilprojekts sind 100 für den Landkreis repräsentative Musterhaushalte und 100 entsprechende Vergleichshaushalte vorgesehen.

Dr. Keller hält es für möglich, im Ernährungsbereich den Treibhausgas-Ausstoß der repräsentativen Musterhaushalte innerhalb der Projektdauer von drei Jahren um 30 bis 50 Prozent zu verringern. „Dazu gilt es, den Verzehr von pflanzlichen Lebensmitteln deutlich zu erhöhen und den von tierischen Produkten, insbesondere Fleisch und Wurst, zu reduzieren. Klimafreundliche Ernährung hat es verdient, das neue Normal zu werden – und ist außerdem besser für unsere Gesundheit", sagte Keller.

Florian Drollinger, der Klimaschutzmanager des Landkreises Neu-Ulm, ergänzte: „Der Landkreis Neu-Ulm will niemandem Fleisch verbieten. Es geht vielmehr um ein attraktives Angebot an gesundheitsfördernden, klimafreundlichen und pflanzlichen Alternativen mit regionalem Schwerpunkt. Wir können es uns nicht erlauben, bei den Treibhausgaseinsparungen den bedeutsamen Bereich Ernährung gänzlich auszulassen." ❐

Stadt Landshut:

Klimaneutrales Tanken

Seit April ist es in Landshut möglich einen Verbrennungsmotor nahezu klimaneutral zu betanken. Die Übernahme der beiden CNG (compressed natural gas) Zapfpunkte durch die E.ON Gas Mobil GmbH (Sitz: Essen) hat nun endlich die mehrfach von Stadtrat Rudolf Schnur forcierte Klimaneutralität durch 100 % Biomethan erbracht.

Die Zapfsäulen wurden 2006 auf Betreiben von Schnur in der OMV-Tankstelle an der Siemensstraße errichtet. Damals war dem Werksenat bei der Entscheidung bewusst, dass es kein Renditeobjekt werden würde, sondern im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes erstellt wird.

Anfängliche Werbeaktionen für diese bislang unübertroffen umweltfreundliche Antriebsform zeigten Erfolg durch Zunahme der CNG-Kfz im Raum Landshut. Dieses Marketing wurde aber bald eingestellt und die Stadtverwaltung bzw. die Stadtwerke traten selbst nicht als Vorbild in Erscheinung. Dabei wurden auch die Vorgaben des Luftreinhaltsplans der Stadt Landshut außer Acht gelassen.

Zuletzt wurde im November 2020 im Werksenat die Einstellung der Zapfsäulen nach Auslaufen des Vertrages mit der OMV im März 2021 vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag wollte Stadtrat Schnur keinesfalls folgen, denn „das wäre ein Rückschlag für den Klima- und Umweltschutz!" und so ging er selbst deutschlandweit auf die Suche nach möglichen Nachfolgelösungen. Diese wurde jetzt gefunden und durch den Neustart mit klimaneutralem Biomethan aus landwirtschaftlichen Reststoffen gekrönt. ❐

Gemeinsam freuen sich der OMV-Tankstellenpächter Lothar Greil, Dominik Holzner und Esra Moll vom Autohaus Ostermaier, die mit ihrer Modellpalette verstärkt auf CNG-Anriebe setzen, sowie Stadtrat Rudolf Schnur über die Möglichkeit nicht nur weiter CNG, sondern sogar klimaneutral 100 % Bio-CNG tanken zu können. Bild: M. Förster, Klartext

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bessere Versorgungsqualität für die Region

Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) für Kinder und Jugendliche schafft wohnortnahe Hilfe

Mit seiner Dezentralisierungsstrategie verfolgt der Bezirk Niederbayern seit Jahren das Ziel, die psychiatrische Versorgung von Betroffenen wohnortnah zu verbessern. Neben Ambulanzen für Psychische Gesundheit in Zwiesel (für Kinder und Jugendliche) sowie Pfarrkirchen und Grafenau (für Erwachsene) wurde nun auch eine Ambulanz für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Waldkirchen eingerichtet.

Seit Jahresbeginn läuft der Betrieb in der, im Gesundheitszentrum Waldkirchen untergebrachten Einrichtung. Auch ohne Werbung ist man hier von Anfang an voll ausgebucht. Nun kam am 1. Mai die neue Leiterin Christiane Hochkönig ins Team, die zuvor am Bezirkskrankenhaus Passau gearbeitet hatte. Dies nahmen Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Landrat Sebastian Gruber zum Anlass, der PIA einen Besuch abzustatten. „Ich habe mich hier beruflich sofort zuhause gefühlt“, freut sich Christiane Hochkönig über ihre neue Aufgabe. Die 45-jährige gebürtige Baden-Württembergerin wohnt in Österreich, ihre fünf Kolleginnen haben hingegen mit ihrer Anstellung in Waldkirchen eine Rückkehr in ihre Heimat geschafft. Sie kommen aus Waldkirchen, Freyung, Neureichenau und Büchlberg.

Ab 1. Juli kommt zum Team noch eine Ergotherapeutin hinzu, ab September dann der Sozialdienst. „Zum Schulbeginn wollen wir dann auch die ganze Woche öffnen, bisher sind wir von Mittwoch bis Freitag vor Ort“, erklärt die PIA-Leiterin.

Wie groß der Bedarf in der Region an psychiatrischer Behandlung bei Kindern und Jugendlichen ist, haben die vergangenen Monate bereits gezeigt. Der Vorteil für die Betroffenen ist neben dem niederschwelligen Zugang des Angebotes, dass sie nicht mehr wie bisher nach Landshut fahren müssen, sondern wohnortnahe Hilfe vorfinden. „Auch für die Nachbetreuung ist das sehr wichtig“, erklärte Dr. Tanja Hochegger, Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, die die Kinder- und Jugendpsychiatrie in ganz Niederbayern verantwortet.

Ausbau Bezirkskrankenhaus Passau wird begrüßt

Der vom Bezirk geplante Ausbau des Bezirkskrankenhauses Passau, bei dem auch stationäre Behandlungsplätze für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, wird deshalb vom ganzen Team sehr positiv gesehen. „Wir machen überwiegend Diagnostik und verweisen die Patienten meist zur Therapie an die niedergelassenen Ärzte oder in akuten Fällen an Landshut“, so Hochkönig. Allerdings seien hier die Wartezeiten oft sehr lange, so dass man auch in der PIA zur Überbrückung nach Möglichkeit therapeutische Begleitung anbietet.

Landrat Sebastian Gruber dankte dem Bezirk Niederbayern für sein Engagement bei der Dezentralisierung. „Die beiden Einrichtungen in Grafenau und Waldkirchen sind für uns sehr wichtig. Es freut mich, dass damit die Versorgungsqualität in der Region verbessert wird und wir ein gutes, sinnvolles und ergänzendes Angebot haben.“

Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich hob besonders den Mehrwert für die betroffenen Familien hervor, von denen er viele Rückmeldungen bekomme, wie dringend nötig diese Einrichtung für sie sei. „Der Standort im Gesundheitszentrum Waldkirchen ist hervorragend geeignet, da viele Einrichtungen hier untergebracht sind und damit keiner Angst haben muss, stigmatisiert zu werden, wenn er das Gebäude betritt. Das ist nach wie vor sehr wichtig, damit die Menschen mögliche Hemmschwellen überwinden und sich Hilfe suchen, wenn sie sie brauchen.“ **ml**

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (hi. v. r.) begrüßte gemeinsam mit Christian Hofbauer, Klinikdirektor der Kliniken am Goldenen Steig, Siegfried Wilhelm, Abteilungsleiter Liegenschaften am Landratsamt Freyung-Grafenau, Kliniken-Geschäftsführer Marcus Plaschke, Landrat Sebastian Gruber sowie Dr. Tanja Hochegger (2. v. li.), Chefärztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Landshut, das Team der PIA in Waldkirchen mit ihrer Leiterin Christiane Hochkönig (4. v. r.). Bild: Lang/Bez. Niederbayern

Im Aschaffenburger Kreisbauhof wurden alle Großfahrzeuge mit einem Abbiege-Assistenzsystem ausgestattet. Das System zeigt dem Fahrpersonal an, ob sich Fußgänger*innen oder Fahrradfahrer*innen im toten Winkel des Fahrzeugs befinden. Das Bild zeigt Landrat Dr. Alexander Legler mit Kolleg*innen aus dem Kreisbauhof. Foto: LRA Aschaffenburg

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 15. Juli 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunale Fachliteratur · Kommunale Rechtsfragen**

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungs-vorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage
EN plus Holzhackschnitzel wood chips
EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
> 50 erfolgreiche ISiS12 Projekte
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlagen

LRS Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung

DFLW
Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Tollite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!